

# Dr. Ulla Plener

## THEODOR LEIPART (1867-1947)

### Lebensbild eines Gewerkschafters

#### Inhalt

##### Zum Geleit 05

##### Theodor Leipart als Persönlichkeit 08

##### Reformorientiertes Emanzipationsbestreben - objektiv bedingt 10

##### Zu den theoretischen Prämissen des Praktikers Leipart 12

##### Organisation und Agitation - die Hebel der Emanzipation 15

##### Gegen außerparlamentarische politische Aktion 16

##### "Der ruhige und stille Kampf der Gewerkschaften - die fruchtbare, die revolutionäre Sozialistentätigkeit" 20

##### 1914-1918: Zwiespalt als Vaterlandsverteidiger und internationaler Gewerkschaftssekretär 24

##### Während der November-Revolution 1918/1919 27

##### Die 20er Jahre: Ideen zur Wirtschaftsdemokratie 33

##### Theodor Leipart und der ADGB-Kurs im Februar-April 1933 35

##### Im gewerkschaftlichen Widerstand 1933-1945 44

##### Leipart und die SED-Gründung 1946 47

##### Fazit und einige Fragen zum Schluß 52

#### Zum Geleit

Die Erinnerung an das vergessene Werk der "Unperson" Theodor Leipart soll in die Jahrhundertbilanz eingeordnet werden, die für die sozialistisch orientierte Arbeiterbewegung ansteht - wie für andere Wirkungsfaktoren der letzten einhundert Jahre auch. In ihrer traditionellen Gestalt wird diese Arbeiterbewegung nun mehr und mehr Geschichte, aber sie hat das 20. Jahrhundert nachhaltig geprägt, und die Ergebnisse ihres Kampfes kommen uns Heutigen gerade in Deutschland in Gestalt republikanischer Regierungsformen, staatlicher Sozialleistungen u. a. m. immer noch zugute. Worin besteht die zivilisatorische, emanzipatorische - antikapitalistische - Leistung dieser Arbeiterbewegung? Welchen Anteil haben daran ihre reformorientierten Teile? Ist eine evolutionäre Entwicklung innerhalb der von kapitalistischer Ausbeutung bestimmten Gesellschaft möglich - hin zur sozialen und kulturellen Emanzipation des Einzelnen und der Gesellschaft, also hin zur sozialen Ordnung, deren Gestaltungsprinzipien soziale Gleichheit, Demokratie (verstanden als wirksame Teilnahme der arbeitenden Mehrheit an Entscheidungen in Staat, Wirtschaft und anderen Gesellschaftsbereichen), Selbstbestimmung und Kooperation (anstelle der bisherigen Konfrontation) sein sollten, einer Ordnung, die eine sozialistische genannt werden könnte?

Ein einzelnes Menschenleben ist, auch wenn es um eine Menschen mit herausragender Leistung ginge, überfordert, auf solche Fragen eine erschöpfende Antwort zu geben. Aber es kann das Nachdenken darüber anregen und eventuell an Antworten - und sei es Teilentworten - heranzuführen. Das soll am Beispiel des Lebenswerkes von Theodor Leipart in der gebotenen Kürze gewagt werden.

Wer war Theodor Leipart? Mit dieser Frage muß begonnen werden, da den meisten nicht einmal sein Name bekannt ist. Für Kommunisten vor 1933 hatte Leipart den schlimmsten Verrat an der Arbeiterklasse verkörpert. Aber am Sarg mit dem Leichnam Leiparts sagte der Kommunist Wilhelm Pieck für die SED am 1. April 1947, in Leipart "ehren wir den großen Arbeiterführer und Sozialisten", sein Name werde in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung "für alle Zeiten eingetragen", in ihr "unvergessen" sein. Auch

Fritz Tarnow, 1947 nach wie vor Mitglied der SPD und überzeugter Gegner der SED, drei Jahrzehnte lang ein enger Mitstreiter Leiparts, schrieb in seinem (nichtveröffentlichten) Nachruf auf diesen: Leiparts Name werde in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung neben dem von Carl Legien "für alle Zeiten erhalten bleiben". Warum sollte Leipart unvergessen bleiben? Weil er, um mit Fritz Tarnow fortzufahren, neben (nicht: nach) Carl Legien der Schöpfer und Gestalter der freien, sozialistisch orientierten gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung war: Mitbegründer des Dachverbandes "Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" (1890), stand er 1893-1919 an der Spitze des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, war 1921-1933 Vorsitzender des ADGB. Und die Geschichte dieser Bewegung war, nach dem Wert eines heute aktiven Gewerkschafters, "unter dem Strich eine Erfolgsstory, ein historischer Bestseller besonderer Art": Sie dokumentierte den dauerhaften "Eintritt der Massen in den historischen Alltag" als unerläßliche Bedingung des kapitalistischen Zeitalters. Die Sammlung eines großen Teils der Industriearbeiter in einer Massenbewegung war nämlich keine Zwangsläufigkeit, sondern Ergebnis einer "beispiellosen, historischen Kraftanstrengung" des hochqualifizierten, handwerklich geschickten Facharbeiters. - Seine Lebenserfahrung, seine Bildungsbereitschaft und Belesenheit, sein Selbstwertgefühl und argwöhnischer Stolz, sein Lebensernst, seine Disziplin, sein hierarchisches Gesellschaftsbild und seine verzichts- und opferbereite Konfliktfähigkeit haben die Organisationskultur der deutschen Gewerkschaftsbewegung bis in die letzte Faser geprägt. Der Industriefacharbeiter ist die historische Schlüsselfigur der Massendemokratie dieses Jahrhunderts." Wollte man diese zutreffende Aussage personalisieren, so könnte dafür ohne jede Einschränkung Theodor Leipart stehen. Aber schon einige Jahre nach der Totenehrung waren Leipart und sein Name vergessen. In der SED - im Zuge ihrer Stalinisierung, die die sozialdemokratische Tradition in ihr zurückdrängte und schließlich eliminierte. Symbolhaft stand dafür die Umbenennung der Gewerkschaftshochschule in Bernau, der 1947 der Name "Theodor Leipart" verliehen wurde, 1952 in "Fritz Heckert", der ein kommunistischer Gewerkschaftsfunktionär war. (Die Schule und der heutige historische Schulbau, nach Plänen der Architekten Hannes Meyer und Hans Witwer errichtet, waren Ende der 20er Jahre von Leipart initiiert und im Mai 1930 als Bundesschule des ADGB eröffnet worden.). In der SPD - deren Mitglied Leipart volle sechs Jahrzehnte war, ist er nach seinem Eintritt in die SED 1946, der von ihm auch öffentlich begründet wurde, zur Unperson gemacht worden; in ihrer Historiographie werden seine Leistungen verschwiegen und ihm fast nur noch die alleinige Verantwortung für den 1. Mai 1933 angelastet (der ADGB-Bundesausschuß hatte damals seinen Mitgliedern empfohlen, an den faschistischen 1.-Mai-Feiern teilzunehmen.) Jüngst wurde Leipart sogar aus dem Kreis deutscher Demokraten ausgeschlossen: In das Lexikon "Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten" (Stuttgart/Weimar 1997) wurde der Beitrag über ihn nicht aufgenommen - dafür trifft die Leserschaft darin auf Namen wie Gustav Noske und Konrad Adenauer ... Warum heute an Leipart erinnern? Zum einen geht es schlicht darum, einen Menschen der Vergessenheit zu entreißen und zu ehren, dessen Lebenswerk tiefe Spuren hinterlassen hat, - Spuren, deren Ergebnisse die meisten von uns heute noch in Anspruch nehmen, aber kaum jemand davon etwas weiß. Zum anderen gibt es für dieses Erinnern die aktuelle Diskussion um die Geschichte der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert. Anlaß, in der es u. a. um Verantwortlichkeiten für bestimmte Entscheidungen, besser Fehlentscheidungen ihrer verschiedenen Teile geht. Was die Akteure der SED-Historiographie zur Sozialdemokratie betrifft, so haben sie nicht zuletzt über ihre Thesen im Zusammenhang solcher Begriffe wie "Opportunismus", "Verrat" u. ä. nachzudenken, tradierte Vorstellungen über bestimmte Persönlichkeiten zu überprüfen - und zu revidieren. Zu fragen wäre z. B., ob das Urteil Rosa Luxemburgs in der Debatte um 1900 über Reform und Revolution, das sich auf Bernstein bezog, zutreffend war, wenn sie schrieb: "Wer sich ... für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß qualitative Veränderungen in der alten"?

Zumindest einen Leipart betreffend will ich dieses Urteil der auch von mir verehrten Rosa Luxemburg bestreiten. Es gilt, die Verschiedenheit der sozialistisch orientierten Weltansichten zur Kenntnis zu nehmen und

sie nach ihrer tatsächlichen Produktivität für die Emanzipation der Lohnarbeitenden und der Gesellschaft insgesamt zu befragen, also auch Stellenwert und Leitung reformorientierter sozialistischer Kräfte sachlich und entideologisiert zu überdenken: Waren sie alle wirklich Gegner des Klassenkampfes? Oder verstanden sie die von ihnen vertretende Reform als Bestandteil des Klassenkampfes - und wie das? Und schließlich die aktuelle Diskussion über Antikapitalismus und die - mögliche? unmögliche? - Gestaltbarkeit der heutigen, von bestimmten Fraktionen des Kapitals dominierten Gesellschaft auf dem Wege von Reformen, die an sozialer Gleichheit, Demokratie und Solidarität (auch Kooperation) orientiert sind; über Inhalte und Formen des notwendigen Widerstands gegen die "Tyrannei der neoliberalen Sachzwänge" (F. Deppe). Nicht, daß aus der Geschichte, einer Lebensgeschichte gar, Rezepte dafür abgeleitet werden könnten. Aber sie kann eventuell Denkanstöße verleihen, an verdrängte emanzipatorische Ideen erinnern, die vielleicht heute und in Zukunft - modifiziert, den ganz anderen Bedingungen entsprechend - fruchtbar gemacht werden könnten.

### **Theodor Leipart als Persönlichkeit**

Hier soll nicht der chronologische Ablauf von Leiparts Leben wiedergegeben werden, auch nicht seine vielfältige gewerkschaftliche Tätigkeit nacherzählt werden. Es sollen lediglich ausgewählte Felder seines Wirkens vorgestellt und solche seiner Leistungen hervorgehoben werden, die in der neuen Geschichtsliteratur weitgehend oder ganz übergangen wurden. An dieser Stelle geht es vor allem um die Persönlichkeit Leiparts, nicht zuletzt deshalb, weil in der früheren Historiographie der Arbeiterbewegung - in Ost und West gleichermaßen - dieser Faktor (gemeint ist die Sinnes- und Geistesart, die "Struktur" der Persönlichkeit) kaum oder nicht berücksichtigt wurde, obwohl er für die konkreten Abläufe der Ereignisse, für Entscheidungen - auch Fehlentscheidungen - nicht selten bestimmend war und ist. Theodor Leipart wurde 1867 in der Familie eines unselbständigen Damenschneiders in Neubrandenburg geboren. "Bittere Armut und große Kinderschar daheim" waren seine bleibenden Kindheits- und Jugenderlebnisse. Er mußte Drechsler lernen statt Gärtner, wie er es wollte. 1886 trat er mit 19 Jahren in Hamburg der Gewerkschaft, kurz darauf auch der sozialdemokratischen Partei bei. Seitdem war und blieb die Triebkraft seines langen Lebens und Wirkens das Bestreben, dem einzelnen Arbeiter zu seiner Würde als Mensch zu verhelfen. Er wollte - ganz wie Marx - "das Selbstgefühl des Menschen, die Freiheit" im Arbeiter "erwecken"; für ihn war in der Tat auch und gerade der Lohnarbeitende als "Mensch das höchste Wesen für den Menschen", und er folgte - offensichtlich spontan, von Erlebnissen seiner Kindheit und Jugend getrieben - dem "kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist". Achtet eure Persönlichkeit, schafft euch Selbstbewußtsein, fordert euer Recht! - das war stets seine Devise als aktiver Gewerkschafter. Der Arbeiter sollte nicht "Zubehörteil zur Fabrik" sein, er sollte "nach beendeter Erwerbsarbeit noch solche Tätigkeiten" ausüben können, "die ihm Lebensfreude" geben; ihm sollten alle Lebensgenüsse offenstehen. Und es sollte in ihm "auch der Wille entwickelt werden, die Selbstgestaltung des Lebens sich in einer Richtung vollziehen zu lassen, die zum Aufstieg der Arbeiterklasse im ganzen führt". Dies zu befördern, sei Aufgabe der Gewerkschaften. Leipart selbst hat sein ganzes Leben lang selbstlos dafür gewirkt, seine ganze Zeit, seinen ganzen Geist, seine ganze Kraft dafür hingegeben - anders als es das übliche Bild eines "Gewerkschaftsbonzen" suggierte. Er hat nie parlamentarische und Ministersessel angestrebt (nur anderthalb Jahre - 1919-1921 - war er Minister und Landtagsabgeordneter für die SPD in Württemberg) - die Gewerkschaften waren sein ein und alles. Zu seinen persönlichen Grundeigenschaften gehörte die Toleranz, auch gegenüber Andersdenkenden. Er setzte sich z. B. schon sehr früh für ein Zusammengehen der Richtungsgewerkschaften ein und argumentierte (1905): "Wäre es nicht überhaupt richtiger, gegenüber den christlichen und den anderen Arbeiterorganisationen immer wieder hervorzuheben, daß wir eigentlich Brüder sind und die gleichen Interessen haben?" Warum soll das schädliche Verhalten der anderen (z. B. bei Streiks), das zu Recht "gebührend gebrandmarkt" werde, "es grundsätzlich auszuschließen, daß die in einer Werkstatt ständig nebeneinander beschäftigten christlichen oder hirsch-dunckerschen oder sozialdemokratischen Gewerkschafter gegenseitig ihre abweichende Überzeugung respektieren und sich über ein Hand-in-Hand-Arbeiten zur Verbesserung ihrer gemeinsamen Verhältnisse

verständigen? Es ist doch nicht jeder ein ausgemachter Dummkopf oder ein schlechter Kerl, der eine andere Meinung hat ... Warum sollten wir also uns dann in einen untilgbaren Haß gegen die eigenen Klassengenossen verrennen, nur weil sie anders denken als wir?" Der Klassenkampfgedanke würde dadurch nicht verwischt werden. Seine überaus tolerante Art war vermutlich auch Grund dafür, daß er sich stets für Verhandlungen, für einen Ausgleich, für einen Kompromiß eingesetzt hatte, ob es sich um Vertreter anderer Gewerkschaftsrichtungen, bürgerliche Reformer oder den Hauptgegner, die Unternehmer oder deren Verbände handelte. Da schlug seine stets ethisch begründete Motivation durch: Das, worum es jeweils ging, sollte möglichst opferarm, schonend für "Gut und Blut" der Lohnarbeitenden erreicht werden. Theodor Leipart war zutiefst vom letzten Drittel des "langen 19. Jahrhunderts", das bis 1914 dauerte (Hobsbawm), geprägt. Es waren Jahrzehnte der relativ friedlichen kapitalistischen Entwicklung in Europa, vom bürgerlichen-liberalen Zeitgeist, aber auch schon von der schnell wachsenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gekennzeichnet, - und sie waren Leiparts "hohe Zeit" (1914 war er 47 Jahre alt; von den 14 Seiten der Erinnerung an sein Leben, 1945 niedergeschrieben, waren 10 Seiten diesen Jahren gewidmet). Als er in die Arbeiterbewegung eintrat, war die Situation der Lohnarbeitenden weitgehend vom materiellen und geistigen Pauperismus bestimmt - sie da herauszuführen, darin sah er die Kulturmission der Gewerkschaften. Diese sei zugleich, so hob er ständig hervor, ein Dienst am ganzen Volk, da die Arbeitenden die Mehrheit des Volkes bildeten. Die Jahrzehnte des Elends blieben für ihn Zeit Lebens der Maßstab für das von den Gewerkschaften und ihm selbst Geleistete. Vom Beginn seiner gewerkschaftlichen und persönlichen Tätigkeit an war Theodor Leipart als Sozialdemokrat ein Verfechter von Reformen, des stetigen schrittweisen Vorgehens: Der Klassenkampf der Arbeiter lasse sich, schrieb er 1905, "soll er nicht jeglichen Erfolg bis zu dem fragwürdigen großen Kladderadatsch aufsparen, sondern fortgesetzt Erfolge bringen, nicht in bestimmte Formen drängen". Er wollte mit der Emanzipation jetzt und hier, im Kapitalismus, schrittweise beginnen. In der sozialistischen Gesellschaftsordnung sollte sie dann vollendet werden. Obwohl er an den von Bebel erwarteten "großen Kladderadatsch" nicht glauben mochte, teilte er mit diesem die unerschütterliche Gewißheit, die Arbeiterklasse werde schließlich siegen, ihre volle Emanzipation durchsetzen. Bis zum 2. Mai 1933 blieb er ein historischer Optimist. Erstaunlich ist, mit welcher Beständigkeit Leipart den vor 1914 gewonnenen Einsichten bis zu seinem Lebensende folgte. Er war ein sehr naturverbundener Mensch, sehr bildungshungrig und lesefreudig - ein Autodidakt mit Mittelschulbildung. Seine über eintausend Bände zählende - über die Nazi-Jahre gerettete, bis heute erhaltene - Bibliothek enthält neben Werken der sozialistischen Klassiker seiner Zeit Bücher aus allen Wissensgebieten. Anschließend sei noch einmal aus Fritz Tarnows Nekrolog zitiert: "Theodor Leipart war ein grundsauberer und redlicher Mensch, von einer Vornehmheit des Charakters, die das Wort vom Adel der Persönlichkeit rechtfertigt. Sein Platz war immer dort, wo positiv gearbeitet wurde ... Ein ausgesprochener Realpolitiker ..., konnte er von Außenstehenden leicht als eine kühle Natur angesehen werden. Wer ihm näher kam, entdeckte einen Menschen mit einem glühenden Idealismus für die Sache, der er sein Leben gewidmet hatte." Tarnow nannte Theodor Leipart einen der größten und einen der besten Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

#### **Reformorientiertes Emanzipationsbestreben - objektiv bedingt**

Unter dem Aspekt der Vielfalt sozialistischen Denkens geht es an dieser Stelle um die Denkrichtung, die von der Mehrheit einer der damals größten freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften, des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (DHV), vertreten wurde, an dessen Spitze Theodor Leipart 26 Jahre gestanden hat. Emanzipation des Arbeiters und der Arbeiterklasse auf dem Wege von Reformen - das war, wie schon erwähnt, der Inhalt der gewerkschaftlichen Tätigkeit Leiparts und seiner Mitstreiter im DHV ... Unter Emanzipation verstand er - das kann aus seinen Reden und Schriften geschlossen werden - die Freiheit des einzelnen Menschen von Abhängigkeiten jeder Art, seine Selbstbestimmung als Persönlichkeit (analog auch die Emanzipation der Gesellschaft). Beim lohnarbeitenden Menschen ist sie (historisch gesehen, nicht auf jedes einzelne Individuum jederzeit bezogen) stets verbunden mit dem spontanen, im Menschen angelegten Streben nach "sozialer Glückseligkeit" und "sozialer Demokratie". Dafür, so kann gesagt werden, stand

Leipart ein als Person und Gewerkschafter.

Reformorientierte Bestrebungen in der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung haben wir, DDR-Historiker der Sozialdemokratie, lange Zeit mit den Unzulänglichkeiten der subjektiven Erkenntnis lohnarbeitender Menschen über die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Existenz erklärt; und wir lasteten dieses "nicht richtige Erkennen" dem Einfluß sozialdemokratischer Theoretiker, Politiker, Gewerkschafter an, denen wir "bürgerliche" Positionen und die "Bindung der Arbeiterklasse an den Kapitalismus" unterstellten. Erst in den 80er Jahren griffen wir die schon von Marx, Engels und Lenin gewonnene Einsicht auf, daß Reformdenken, -verhalten und -handeln von der kapitalistischen Wirklichkeit selbst, ihren ökonomischen, politischen und geistigen Bedingungen stets aufs neue hervorgerufen werden; daß die Reformorientiertheit aus den Widersprüchen der Klassenlage der Lohnarbeitenden erwächst - und entsprechend in ihren Organisationen (von ihren Denkern, Politikern, Funktionären) - immer in sehr unterschiedlicher Weise - reflektiert wird. Die Vielfalt politischer Kräfte, die sich von dem uneingeschränkten Profitstreben des Kapitals zugunsten sozialer Gleichheit entgegenstellen, also sozialistisch orientiert sind, ist objektiv begründet. Es ist das kapitalistische Lohnarbeitsverhältnis, der Doppelcharakter der Lohnarbeit im Kapitalismus, das bei abhängig Arbeitenden ständig und spontan antikapitalistischen Protest ebenso hervorruft wie das möglichst vorteilhafte "Sich-einrichten" in den gegebenen Verhältnissen. Die Verschiedenheit der antikapitalistischen oder dem Kapital gegenüber kritisch eingestellten Kräfte ist legitim und notwendig, und deshalb ist die gegenseitige Akzeptanz dieser Kräfte in ihrem politischen Handeln erforderlich.

Ist Protest mit Revolution, Anpassung mit Reform gleichzusetzen (diese vereinfachte These wurde auch von mir einmal vertreten)? In der Reformorientiertheit, wie ein Leipart sie verstanden und in die Praxis umgesetzt hatte, überwog, so meine These, der "Protest" - aber er sollte in Formen durchgesetzt werden, die Konfrontation, physische Gewalt gar, und damit verbundene Opfer für die Lohnarbeitenden vermeiden.

#### **Zu den theoretischen Prämissen des Praktikers Leipart**

Leipart war kein Theoretiker, kein "Denker", erhob auch nie diesen Anspruch; er war ein Praktiker und verstand sich nur als ein solcher. Aber seiner praktischen Tätigkeit lag natürlich eine bestimmte Weltsicht zugrunde - und diese war eine sozialistische. Der angestrebte Sozialismus - eine menschenwürdige, von Ausbeutung und deren Abhängigkeiten freie gesellschaftliche Ordnung, in der jedem Menschen alle materiellen und geistigen Güter zugänglich sind und er sich als Persönlichkeit frei entfalten kann, - wurde ethisch und ökonomisch begründet. Er wurde nachdrücklich aus dem Menschsein des Arbeiters (nicht als "Kollektivsubjekt", sondern als einzelnes Individuum!), seinem Menschen-Recht auf gleiche Teilhabe an materiellen (Wirtschaft) und geistigen (Bildung) Gütern abgeleitet. "Der Sozialismus fordert die Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenanlitz trägt, ohne Unterschied des Geschlechts, in wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Beziehung". Immer wieder wurde die Rechtmäßigkeit und Sittlichkeit der sozialen Frage aus dem Menschsein abgeleitet: Die menschliche Arbeit allein sei "der wahre Rechtsgrund des Eigentums", und deshalb müsse jeder, der an der Produktion mitwirke, "nach dem Maße seiner Mitwirkung gebührende Bedürfnisbefriedigung" erhalten. Als Mensch sei der Arbeiter gleichberechtigt mit dem Besitzenden. Aus dieser Position wurden in den freien Gewerkschaften schon seit den letzten 1890er Jahren Ideen und Argumente abgeleitet, die "die Wirtschaft" als "öffentliche Angelegenheit" artikulierten, was später - während der November-Revolution 1918/1919 und in den 20er Jahren - in Konzepte der Wirtschaftsdemokratie mündete (dazu weiter unten mehr). Zugleich wurde erläutert, daß Sozialismus als eine höhere, weil gerechtere im Vergleich zur bestehenden Rechtsordnung nur auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln entstehen kann. Beim Sozialismus ginge es um die Beteiligung aller am Großbetrieb als der Quelle für Wohlfahrt und Genuß, was nur möglich sei, "wenn die Arbeitsmittel aus dem privaten in den gesellschaftlichen Besitz" übergingen. "Der Entwicklungsprozeß der privatkapitalistischen Produktion zur gesellschaftlichen ist der Befreiungskampf des Proletariats in all seinen Phasen, die

gesellschaftliche Produktion seine ökonomische Befreiung", auch die Grundlage "langen Lebens und der Glückseligkeit", so war es in der von Leipart zu Beginn der 1890er Jahre redigierten Holzarbeiter-Zeitung (HZ) zu lesen. Gerechtigkeit und der Kampf um das "höhere Recht" waren zentrale Begriffe, auch nach der Jahrhundertwende. Der Rechtsbegriff wurde als "Waffe im Emanzipationskampfe" erläutert. "Der Kampf ums Recht" schließe "alles in sich, was die Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem, geistigen und kulturellem Gebiete" erstrebe. Die "Förderung des gleichen Rechts für alle" sei "gewissermaßen das Banner, unter dem das moderne Proletariat seinen Emanzipierungskampf führt". Diese Tatsache müsse "in das Bewusstsein des Proletariats übergehen", und in dieser Hinsicht spiele "der Begriff des Rechts im Kampf ums Recht eine wichtige Rolle". Es ist nicht auszuschließen, daß solche Gedankengänge von den in der "Neuen Zeit" 1887 veröffentlichten Ausführungen von F. Engels/K. Kautsky stimuliert wurden, die da lauteten: Sozialisten verzichteten nicht darauf, bestimmte Rechtsforderungen zu stellen. - "Die aus den gemeinsamen Interessen einer Klasse hervorgehenden Ansprüche können nur dadurch verwirklicht werden, daß die Klasse die politische Macht erobert und ihren Ansprüchen allgemeine Geltung in Form von Gesetzen verschafft. Jede kämpfende Klasse muß also ihre Ansprüche in der Gestalt von Rechtsforderungen in einem Programm formulieren." Der Zusammenhang Menschsein - Gerechtigkeit - Eigentumsordnung - Wirtschaftsdemokratie war für das gewerkschaftliche Wirken eines Leipart allzeit grundlegend. Die auf Marx zurückgehende Analyse kapitalistischer Ausbeutungsmechanismen und die daraus abgeleiteten Zukunfts- und Wegvorstellungen verflochten sich mit einer ethischen Begründung des eigenen Tuns und des Sozialismus. Da wirkte bei Menschen wie Theodor Leipart das - von Engels schon in den 40er Jahren anhand des englischen Chartismus und der "Bewegung der Arbeiterklasse in Deutschland" festgestellte - spontane Streben (lohn)arbeitender Menschen nach Emanzipation, nach "der sozialen gleichen Berechtigung in der Demokratie", nach "sozialer Glückseligkeit" die die "Messer- und Gabel-Frage" einschloß ("gute Wohnung, gutes Essen und Trinken, gutes Auskommen und kurze Arbeitszeit"). Das am eigenen Leibe erfahrene Paupersein der lohnarbeitenden Klasse in den 70er/80er Jahren, teilweise auch danach, war für Leipart und seine Mitstreiter der Boden für die Grundmaxime, der er sein ganzes Leben lang folgte: Die Zukunft der Arbeiterklasse liege in ihrer materiellen und geistigen Höherentwicklung - nicht in ihrer Vollendung. Die Position so mancher "Linker" - je schlimmer die Lage, umso besser, umso "revolutionärer" die Arbeiterklasse, umso höher ihre Aktionsbereitschaft - war niemals seine Position. Sein ethisch motivierter Standpunkt war: Nur durch das allseitige kulturelle Emporwachsen kann die Arbeiterklasse aus der unwürdigen Stellung herausgeführt werden, die ihr in der kapitalistischen Gesellschaft zuteil wird. Er forderte die Lohnarbeitenden auf: Kämpft um euer Recht, um materielles und geistiges Wohlergehen! Das schrittweise zu verwirklichen - darin sah er den Hauptzweck der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die damit zugleich ein Wirken im Interesse des Volkes sei, da die Arbeitenden seine Mehrheit bildeten. Das war sein Hauptsatz für eine breit gefächerte Reformpolitik, die die Station der Lohnarbeitenden schrittweise positiv verändern sollte, bis endlich einmal die sozial gerechte - sozialistische - Gesellschaft erreicht werden würde. Der Reformorientiertheit Leiparts lag eine Staatsauffassung zugrunde, die sich wesentlich auf Engels' Darstellung des Staatsursprungs gründete und vor der eigenen Erfahrung gestützt würde: Die letzten fünf Jahre des Sozialistengesetzes (1878-1890) hatte Leipart als junger Gewerkschafter in Hamburg am eigenen Leibe erlitten; sie gehörten zu seinem politischen Grunderlebnis, das auch später - ob in Stuttgart (1893-1908, hier, wie schon in Hamburg, saß er mehrere Wochen im Gefängnis) oder Berlin (seit 1908) immer wieder durch Zusammenstöße mit der Staatsmacht lebendig blieb. Das Willhelminische Kaiserreich wurde als Klassenstaat erlebt und so bezeichnet. Und zugleich nahm er diesen Staat als "die Zusammenfassung der zivilisierten Gesellschaft" (Engels), als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen. Und so wurde vom Staat erwartet, daß er entweder selbst nicht nur das Interesse des ökonomisch Mächtigen, sondern auch die Anliegen der Arbeiter vertritt oder per Gesetz die Arbeiterschaft in die Lage versetzt, gleichberechtigt mit den Unternehmen ihre Interessen realisieren zu können; in dem Kampf zwischen Arbeit und Kapital mußten Regierung, Behörden und Justiz sich "gewissenhaft neutral verhalten" (so in der von Leipart redigierten "Fachzeitung für Drechsler" - Vorläuferin der "Holzarbeiter-Zeitung" - vom 20. Juni 1891). Da wirkten sich möglicherweise Einflüsse der Initiativen bürgerlicher Sozialreformer jener Zeit wie auch der in den 80er Jahren eingeleiteten staatlichen

Sozialgesetzgebung aus. Sein Staatsverständnis brachte Leipart 1915 so auf den Punkt: "Der Staat als die Gesamtheit eines Volkes angesehen, muß das Staatsinteresse, das heißt also das Volksinteresse, den Klasseninteressen und dem Wohl des Einzelnen voranstellen." Und: "Natürlich haben wir als Arbeiter uns zuallererst für unsere Klasseninteressen einzusetzen. ... Aber ... als Demokraten aus Prinzip haben wir von je her das Wohl der Gesamtheit über die Interessen des einzelnen gestellt. Als Demokraten vertreten wir also die Absicht, daß das Wohl des Ganzen über den Interessen der einzelnen Klassen steht. Keine Klasse kann beanspruchen, natürlich auch nicht die Arbeiterklasse, daß das Allgemeinwohl ihr gegenüber zurückgestellt und vernachlässigt" werde. Auch da schlug die ethisch begründete, am Allgemeinmenschlichen orientierte sozialistische Weltsicht durch. Weil der Staat das Volksganze verkörpere (verkörpern sollte), müsse er ein demokratischer Volksstaat sein. Diesen sah Theodor Leipart nach 1918 in der Weimarer Republik, dem errungenen "Rechtsstaat", verwirklicht. Damit verbanden sich bei ihm in den 20er und beginnenden 30er Jahren nicht wenige Illusionen. Die ethische Begründung der notwendigen Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse in sozialistischer Richtung, d. h. vor allem im Sinne des Wohlstands, der sozialen Gerechtigkeit und der kulturellen Höherentwicklung der lohnarbeitenden Klasse und des einzelnen Arbeiters (auch der Arbeiterin), implizierte, daß Gewalt als Mittel und Weg dafür grundsätzlich abgelehnt wurde. Schon 1891 hieß es in der "Fachzeitung für Drechsler" im Zusammenhang des für Arbeiter vom Staat geförderten Koalitionsrechts: "Gewalt wäre unter den heutigen Verhältnissen Wahnsinn ..." In der Diskussion um den politischen Massenstreik 1905 lehnte Leipart diesen ab, weil er die Gefahr des Bürgerkriegs heraufbeschwören und damit hohe Opfer, "Gut und Blut" der Arbeiterschaft kosten würde.

### **Organisation und Agitation - die Hebel der Emanzipation**

Die "Revolution der gesellschaftlichen Verhältnisse", so eine weitere Grundüberzeugung Leiparts und seiner Mitstreiter, könne "nur schrittweise vor sich gehen", wobei im zähen Kampf ständig "Abschlagszahlungen" an die Arbeiterschaft zu erringen seien. Und diese "können nur gestützt und erhalten werden durch die dauernde machtvolle Organisation der Arbeiter". Als Leipart und Genossen in den 90er Jahren ihre sozialistischen Positionen erläuterten, betonten sie: Die proletarische Macht läge "in der Erkenntnis, (in) dem Willen des Einzelnen, und die Garantie des Sieges in der kondensierten Bestätigung des Willens des Einzelnen - in der Organisation". So waren Bildung und Organisation zentrale Felder, auf denen Theodor Leipaert seit seinem Eintritt in die Gewerkschaft unermüdlich wirkte: mündliche und schriftliche Agitation sollte aufklären und bilden, um den Einzelnen für den aktiven Kampf zu gewinnen; immer mehr Einzelne sollten organisiert, die Organisation also ausgeweitet - und zentralisiert - werden, um dem Gegner, dem kapitalistischen Unternehmertum, schlagkräftig entgegenzutreten, ihm Zugeständnis auf Zugeständnis abringen zu können, gestützt auf die eigene zunehmende Stärke, nicht zuletzt auch - mit der wachsenden Mitgliederzahl - auf die finanzielle Kraft (auch das nach Engels, 1881: "die Kraft einer wohlgefüllten Kasse - des 'Widerstandsgeldes'"). Organisation war in der Tat das zentrale Feld des proletarischen Klassenkampfes am Beginn und am Fortschreiten der Arbeiterbewegung im 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Leiparts Argumente für die Organisation kamen, auch in der Wortwahl, dem nahe, was Marx in der "Instruktion für die Delegierten des Zentralrats" zum Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA, I. Internationale) 1866, schrieb: Es ginge um die "Vereinigung der Anstrengungen im Kampf zwischen Arbeit und Kapital mit Hilfe der Assoziation", wobei Marx den hohen Stellenwert der Gewerkschaften als "Organisationszentren der Arbeiterklasse" hervorhob: Sie sollten "begreifen, welche Kraft sie im Kampf gegen das System der Lohnsklaverei selbst darstellen", und "lernen, bewußt als organisierende Zentren der Arbeiterklasse zu handeln, im großen Interesse ihrer vollständigen Emanzipation". In diesem Sinne gründete Theodor Leipart zusammen mit Carl Legien 1890 den ersten freigewerkschaftlichen Dachverband, die oben erwähnte Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. "Sein" Deutscher Holzarbeiter-Verband war auch nach dem Deutschen Metallarbeiterverband die zweite große zentralisierte Gewerkschaft in Deutschland. Immer wieder betonte Leipart den kulturellen, den Bildungsauftrag der Gewerkschaften, die "erwachende Arbeiterschaft" zum Klassenbewußtsein zu führen, damit sie ihren Anspruch auf alle Güter der

Kultur, ideeller und materieller Art, erhebe - und initiierte konkrete Projekte, um das zu realisieren. Er stritt stets für die Einheit der Arbeiterbewegung - der politischen in Gestalt der sozialdemokratischen Partei wie auch der gewerkschaftlichen. Als sich die Partei während des ersten Weltkrieges spaltete und der politische Streit um den Burgfrieden in die Gewerkschaften hineinschwappte, hielt er das für ein Unglück. Anders als Carl Legien stritt er mit dem DHV damals dafür, die Einheit der Partei (und der Gewerkschaften) aufrechtzuerhalten. 1946 trat er für die SED mit dem Argument ein: Die Spaltung während des ersten Weltkrieges und danach habe die Bewegung geschwächt; ihre größten Erfolge habe sie vor 1914 erreicht, als es nur eine Arbeiterpartei gegeben hatte. War Leipart ein Organisationsfanatiker? Trifft auf ihn Rosa Luxemburgs Urteil vom Januar 1919 zu, in dem sie schrieb: "Deutschland war das klassische Land der Organisation und noch mehr des Organisationsfanatismus, ja des Organisationsdünkels. Um 'Organisation' willen hatte man den Geist, die Ziele, die Aktionsfähigkeit der Bewegung preisgegeben." Ja, Leipart war ein Organisationsfanatiker. Daß er dabei Geist und Ziele der Bewegung aufgegeben hätte, muß bestritten werden - für sie hat er mit der "Waffe Organisation" bis zuletzt gewirkt. Aber sein Verhältnis zur Aktion sollte eingehender geprüft werden, da damit ein grundsätzliches Problem der reformorientierten Arbeiterbewegung verbunden ist, das einer Diskussion bedarf.

### **Gegen außerparlamentarische politische Aktion**

Leiparts Verhältnis zu Aktionen läßt sich anhand der Stellung zum ökonomischen und zum politischen Streik nachvollziehen. Den ökonomischen Streik, also eine Aktion in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern um die Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft, hielt er für unerlässlich. Auch während des Krieges äußerte er 1917, auf das Mittel des Streiks könnten die Gewerkschaften unter keinen Umständen verzichten! Aber diese Waffe sollte erst "als letztes Mittel" angewandt werden, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sein sollten, und zwar vor allem deshalb, um den Arbeitern möglichst wenig materielle Opfer aufzubürden und die finanziellen Mittel der Organisation (das "Widerstandsgeld") zu schonen. Die Aktion, gegen die Leipart sich sehr strikt gewandt hatte, war der politische Massenstreik, um den in der Internationale seit der Jahrhundertwende und in der deutschen Sozialdemokratie besonders im Gefolge des russischen Revolution 1905-1907 gestritten wurde. Dieser Massenstreik bedeutete nach Leiparts Überzeugung unter den Bedingungen des kaiserlichen Deutschland eine Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt, würde also den Bürgerkrieg heraufbeschwören und damit hohe Opfer an "Gut und Blut" der Arbeitenden kosten. In einer Auseinandersetzung mit der holländischen Sozialistin Henriette Roland-Holst (sie war mit Rosa Luxemburg befreundet und stimmte mit ihr damals inhaltlich weitgehend überein) schrieb er 1905: Bei einem politischen Massenstreik ginge es nach Roland-Holst um einen Revolutionsstreik, und "beim Revolutionsstreik steht für die kämpfende Arbeiterschaft alles auf dem Spiel, wagt sie Freiheit und Leben. Dieser Streik ist eine neue Form des Bürgerkrieges, in dem sich die offene Brust und das ungeschützte Herz (der Arbeiter) der bewaffneten Militärmacht gegenüberstellen. Und die Aussichten des politischen Massenstreiks, so liest man in dem Buche, erweisen sich am wenigsten günstig, wenn er innerhalb des Rahmens der Gesetzlichkeit bleibt. Also wird er diesen Rahmen leicht überschreiten und damit zur offenen Revolution übergehen." Die optimistischen Annahmen der Verfasserin, "daß die Regierung gegen den Generalstreik ... keine Gewalt anwenden" werde, und ihre Hoffnung, "daß das Militär und die Polizei gerade durch den Generalstreik selbst zur Revolution übergehen" würden, teilte Leipart nicht: "Ich vermag leider an diese Illusion nach beiden Richtungen nicht zu glauben." (Dagegen war Rosa Luxemburgs Position 1905: "Unter unseren Bedingungen - gemeint war Polen - kann und muß sie - die Sozialdemokratie - bei entsprechender Reife der Bewegung (!) auch zum offenen Straßenkampf greifen, d. h. zur Anwendung physischer Gewalt, um den Despotismus des Zaren zu stürzen ..." In seiner Polemik gegen den politischen Massenstreik beruft sich Leipart nicht auf Engels, dessen Einleitung zu Marx' "Klassenkämpfe in Frankreich" 1895 in Berlin veröffentlicht wurde. Aber der Gleichklang der Gedanken ist besonders in zwei Punkten nicht zu übersehen:

1. Straßen- und Barrikadenkämpfe, so Engels, seien veraltet, ein Sieg der Straßenkämpfer über das Militär



eine Seltenheit, "ein Zusammenstoß auf großem Maßstab mit dem Militär, ein Aderlaß wie 1871 in Paris" könnte "das stetige Anschwellen der sozialistischen Streitkräfte in Deutschland" aufhalten oder gar zurückwerfen, der Entscheidungskampf würde "mit schweren Opfern verknüpft" sein, und "wir (sind) nicht so wahnsinnig, ihnen (den "Ordnungsparteien") zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen", statt die Gesetzlichkeit für den weiteren Aufstieg der "sozialistischen Streitkräfte" zu nutzen.

2. Die "mächtige Armee des Proletariats", "täglich wachsend an Zahl, Organisation, Disziplin, Einsicht und Siegesgewißheit", sei "weit entfernt, den Sieg mit einem großen Schlag zu erringen", sie müsse "in hartem, zähen Kampf von Position zu Position langsam vordringen". - "Langsame Arbeit der Propaganda und parlamentarische Tätigkeit sind auch hier als nächste Aufgabe der Partei erkannt."

Engels' Vergleichszeitraum war 1895 die 1848er Revolution und die Pariser Kommune 1871; Leipart polemisierte gegen den "einen großen Schlag" zehn Jahre später, hatte wohl die Gewaltbereitschaft der Herrschenden realistisch eingeschätzt und - wie Engels - aus Gründen der Humanität Gewalt in Form von Straßenkämpfen u. ä. als ein Mittel der Arbeiterschaft abgelehnt und dagegen auf Organisation und die "langsame Arbeit der Propaganda" gesetzt. Die Generalstreikidee, schrieb er 1905, stünde "im klaffenden Widerspruch zur Organisation der Arbeiter ... Wozu die Arbeiter organisieren, wenn die einmalige, einfache Verweigerung der Arbeit das Ziel verheißt!" Ob die Arbeiter glaubten und hofften, "durch diesen einzigen Akt revolutionärer Energie ihre Forderungen endgültig verwirklichen zu können, oder ob sie wissen, daß die Revolution der gesellschaftlichen Verhältnisse nur schrittweise vor sich gehen kann (!) und daß die im Kampf errungenen (!) Abschlagszahlungen (!) nur gestützt und erhalten werden können durch die dauernde machtvolle Organisation der Arbeiter - darum handelt es sich." Neben der realistischen Einschätzung der Gewaltbereitschaft der Herrschenden zeigten sich Leipart und Genossen im Zusammenhang mit der Massenstreikdebatte in einem weiteren Punkt als Realpolitiker. Sie wollten, so 1913, einen Massenstreik nicht generell ausschließen, wenn es darum ging, politische Rechte zu verteidigen; als Angriffswaffe lehnte sie ihn aber auch deshalb ab, weil er keine Chancen auf Erfolg hätte, denn es sei nur ein Bruchteil der Massen, die für einen Erfolg nötig wären, bereit, Opfer für ein politisches Recht zu bringen: Im Falle eines solchen Streiks "hätten wir nicht nur die Staatsgewalt und die gesamte Bourgeoisie gegen uns", sondern "auch die unter klerikalem Einfluß stehenden Arbeiterschichten" und andere Gruppen der Arbeiterschaft und der Bevölkerung; es sei auch aussichtslos, "das gesamte Wirtschaftsleben durch den Massenstreik lahmzulegen", da "das Heer der Eisenbahn- und Postangestellten" (also der Staatsangestellten und Beamten) sich am Streik nicht beteiligen würde. Auch in diesem Punkt ist ein Gleichklang mit Engels' oben zitierter "Einleitung" von 1895 festzustellen: Ein Aufstand wie 1848, schrieb Engels, mit dem alle Volksschichten sympathisierten, komme schwerlich wieder, im Klassenkampf würden sich wohl nie alle Mittelschichten so ausschließlich ums Proletariat gruppieren. "Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, wofür sie mit Leib und Leben (!) eintreten. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt." An dieser langen ausdauernden Arbeit orientierte sich Leipart als Gewerkschaftler. Selbstlose "Opferfreudigkeit und höchsten Idealismus" erwartete er als Realpolitiker von "den Massen" nicht. Ein weiteres Argument gegen den Generalstreik war (und da ging es wieder darum, materielle Opfer für die Arbeitenden zu vermeiden): Ein funktionelles Wirtschaftsleben sei für die materielle Versorgung der Bevölkerung notwendig; sollte es lahmgelegt werden, würden die Arbeitenden in materielles Elend gestürzt werden. In einem Punkt unterschied sich Theodor Leipart von Friedrich Engels grundlegend - und da ist auf Rosa Luxemburgs Kritik am Organisationsfanatismus zurückzukommen: Er unterschätzte generell die gestaltende Kraft des sozialen Zwanges, den machtvolle Aktionen der Vielen, z. B. friedliche, aber massenvolle Demonstrationen, auf die ökonomisch Mächtigen und politisch Regierenden - und auf das Massenbewusstsein - auszuüben vermögen. Außerparlamentarische Aktionen spielen in seinem Denken stets eine zweitrangige oder (vom ökonomischen Streik abgesehen) keine Rolle im Vergleich zur Organisation.

Nicht zuletzt resultierte eine solche Position aus dem reformorientierten Demokratieverständnis, das insofern ein radikales war, als es nicht nur die politische, sondern auch die soziale Freiheit anstrebte. Aber es war überwiegend oder ganz auf den parlamentarischen Kampf orientiert. Es schloß außerparlamentarische Massenaktionen (Straßendemonstrationen) - die unmittelbarste Form der politischen Einflußnahme der Mehrheit (der Lohnarbeitenden, der werktätigen Bevölkerung) auf Entscheidungen in der Politik und damit als Beschleuniger der gesellschaftlichen Entwicklung - weitgehend oder völlig aus. Hierin liegt wohl eine (vielleicht sogar: die) Grenze der Reformorientiertheit: Sie hat in der Vergangenheit das Tempo der "Zivilisierung des Kapitalismus", der gesellschaftlichen Veränderungen in Richtung einer sozial gerechten Gesellschaft an bestimmten Schnittpunkten der Entwicklung stets gehemmt. Daß unter Bedingungen des kaiserlichen Deutschland auch friedliche politische Massendemonstrationen Gefahr liefen, auf staatliche Waffengewalt zu treffen, sollte allerdings bei der Wertung der Aktionsfurcht der Gewerkschaftler jener Zeit in Rechnung gestellt werden.

Theodor Leipart betreffend muß allerdings an eine - in der sozialdemokratischen Historiographie gerne übersehene - Ausnahme in seinem ablehnenden Umgang mit politischer Massenaktion erinnert werden: Nach dem Rathenau-Mord im Juni 1922 war er es, der als Vorsitzender des ADGB den außerparlamentarischen Protest gegen den reaktionären Anschlag auf die junge Republik einleitete und für eine einheitliche Aktion der in drei politische Richtungen (SPD, USPD, KPD) gespaltenen sozialistischen Arbeiterbewegung - bis hin zum begrenzten Generalstreik - sorgte.

#### **"Der ruhige und stille Kampf der Gewerkschaften - die fruchtbare, die revolutionäre Sozialistentätigkeit"**

Der gewerkschaftliche Kampf, so wie Theodor Leipart ihn verstanden und geführt hat, wirft die Frage auf, ob und wie es möglich ist, den Kapitalismus zu zivilisieren, ihn zu gestalten, indem - nach Marx - noch auf dem Boden des Kapitalismus die politische Ökonomie der Lohnarbeit gegen die politische Ökonomie des Kapitals durchgesetzt wird, was zugleich kulturellen Fortschritt bedeutet und Bewegung in Richtung der Emanzipation der Lohnarbeitenden ist. Leiparts konkreter gewerkschaftlicher Kampf folgte dem schon genannten Leitmotiv: Nicht in der Vollendung liege die Zukunft der Arbeiterklasse, sondern in ihrer materiellen und geistigen Höherentwicklung. Diese sollte schrittweise im Kampf realisiert werden nach dem Motto (1919): "Können wir das, was wir erstreben, nicht mit einem Schlage durchführen, dann müssen wir eben versuchen, das Ziel in Etappenmärschen zu erreichen." Der Kampf wurde auf mehreren Ebenen geführt. Dazu gehörte, besonders in den Jahrzehnten bis 1914, das gewerkschaftliche Unterstützungswesen: aus den Gewerkschaftskassen gezahlter Reise-, Kranken-, Streikbeihilfen u. a. m. Klaus Schönhoven hatte seinerzeit auf den hohen Stellenwert dieses Unterstützungswesens im Emanzipationskampf der Arbeiterschaft hingewiesen: Es berührte unmittelbar den Lebensalltag der Gewerkschaftsmitglieder, entfaltete den gewerkschaftlichen Solidaritätsgedanken und stärkte so die Kampfpositionen der Gewerkschaften; zugleich trug es dazu bei, die gewerkschaftliche Strategie der Reformorientierung herauszubilden, und diente als Vorläufer und Vorbild der staatlichen Sozialpolitik. Leipart gehörte zu jenen, die von Anfang an - auch gegen Widerstände im Vorstand des DHV und in der Redaktion der HZ - bestrebt waren, das Unterstützungswesen zu entfalten und es ständig auf weitere Gebiete auszudehnen. Als Beispiel soll die jahrelang intensiv und teilweise erbittert im DHV geführte Grundsatzdebatte um die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung angeführt werden, deren Einführung von Leipart und einigen anderen gefordert wurde. Die Gegner wandten ein, sie würde die sozialen Gegensätze mildern und damit die "Entscheidung des Klassenkampfes" zugunsten der Arbeiterschaft verzögern. 1900 argumentierte Leipart gegen das Schlagwort "Einschläferungsmittel" und "die alte unerwiesene Behauptung, daß die Unterstützungseinrichtungen den Kampfcharakter der Organisationen beeinträchtigen" würden, in einer für ihn sehr charakteristischen Weise, nämlich indem er den Einzelnen als Kämpfer hervorhob: Es reiche nicht mehr aus, wenn "die Masse" kämpfe; "jeder einzelne" müsse stets "nicht bloß bei Streiks, sondern gerade am meisten in der Werkstatt, bei der Arbeit fordern und kämpfen, kämpfen um sein Recht, um seinen Lohn, um die Prinzipien des Verbandes"; dafür müßten ihm "die Opfer erträglicher

gemacht werden, damit er denselben nicht erliegt und sich nicht zu seinem und der übrigen Kämpfer Schaden dem Feinde unterwerfen muß". - "Das Mittel für die kämpfenden Verbandsmitglieder, sich gegenseitig diesen täglichen Zweikampf mit dem Unternehmertum zu erleichtern, die Opfer des Einzelnen zu verringern", sei die Arbeitslosenunterstützung; man könnte sie auch "Streikunterstützung in Friedenszeiten nennen", denn als solche werde sie von den Befürwortern angesehen, "als solche soll und wird sie wirken". 1902 wurde eine Urabstimmung über diese Frage durchgeführt, die, wenn auch denkbar knapp, dafür ausfiel, und seit 1904 gewährte der DHV seinen Mitgliedern die Arbeitslosenunterstützung. Wenig später folgte ihr die gewerkschaftliche Krankenunterstützung. Leipart gehörte auch zu denjenigen, die - anfangs wiederum gegen Widerstände in den Gewerkschaften selbst - seit den 90er Jahren für den zunächst gewerkschaftlichen, dann auch kommunalen und schließlich und im besonderen "reichgesetzlich geregelten", also vom Staat sanktionierten bzw. getragenen Arbeitsnachweis eintraten. Aus dieser Einrichtung entstanden in den 20er Jahren die heutigen Arbeitsämter. Das gewerkschaftliche - und zunehmend staatliche - Unterstützungswesen diente dem Schutz der Arbeitskraft. Dieser war für Leiparts Einsatz von zentraler Bedeutung, denn er trug dazu bei, die Klassenlage der Arbeiterschaft zu heben, sie "vor weiterem physischen und moralischem Zerfall" zu bewahren, sie kampffähig zu machen, ihre Emanzipation voranzubringen. Dabei ging es zum einen um ein höheres Existenzminimum, definiert als "diejenige Grenze der Lebenshaltung, die eine weitere Einschränkung der notwendigen Bedürfnisse nicht mehr zuläßt". - "Aufgabe der Arbeitsorganisationen, vornehmlich der Gewerkschaften", müsse es sein, immer wieder dahin zu wirken, "daß die Masse der Arbeiter mit ihrem elenden Jammerdasein unzufrieden" werde; ihr müsse "die Begehrlichkeit nach einem menschenwürdigen Leben eingepflegt" und "stets die verdammte Bedürfnislosigkeit als zum Schaden ihrer selbst und ihrer Klasse vor Augen geführt" werden und nichts dürfe man unterlassen, "sie auf die gegenwärtigen Klassengegensätze hinzuweisen". Das Überwinden der Bedürfnislosigkeit und die Steigerung der Lebenshaltung seien "notwendig im Interesse der kulturellen Entwicklung, notwendig, um die Verwirklichung des Sozialismus zu beschleunigen". Es sei klar, daß "mit dem mannigfaltigen Schutze in rein wirtschaftlicher Beziehung, die weitgehendste politische Gleichberechtigung und Bewegungsfreiheit verbunden sein muß, wenn alle anderen Errungenschaften nicht bedeutungslos sein sollen". Das waren Leiparts und des DHV Maximen. Zum anderen gehörte dazu das Verbot der Kinderarbeit, der zusätzliche Schutz der weiblichen Arbeitskraft u. a. m. und ganz besonders der verkürzte Arbeitstag. Beim Ringen um kürzere Arbeitszeit ging es seit 1889 um den Achtstundentag. Auch dafür wurde vom Standpunkt des allgemeinen Kulturfortschritts argumentiert, wie es schon Marx getan hatte. So z. B. in der HZ vom 9. November 1912: Trotz der erreichten Fortschritte sei die Arbeitszeit noch so lang, daß den Arbeitern nicht genügend Zeit bleibe, "sich zu erholen, sich fortzubilden, der Erziehung des Nachwuchses ... zu widmen. Von einer Teilnahme an höheren Genüssen ist nur zu oft keine Rede, dafür werden ... dort, wo die Häuslichkeit ungemütlich ist, die Kneipen umso stärker frequentiert. Unsere Organisation bekämpft den Alkoholmißbrauch, sie ist bemüht, ihre Mitglieder so zu erziehen, daß sie höhere Ansprüche an das Leben stellen. Wir wollen uns damit nicht abfinden, daß unser bescheidenes Einkommen uns dazu zwingt, auf jeden Lebensgenuß (!) zu verzichten. Nein, im Gegenteil! Der Besuch guter Theater und Konzerte, die Frequentierung der Museen, die Pflege gesunden Sports, die Freude an einer schönen Wohnung, der Genuß der Natur usw. usw., das alles soll nicht das Vorrecht einer kleinen Minderheit sein, alle sollen daran teilnehmen, und ganz besonders wollen wir in den Herzen der Holzarbeiter das Verlangen nach solchen Genüssen rege machen, denn das ist wahre Kulturarbeit!" Weiter war im Holzarbeiter-Organ zu lesen: "Die Aufwärtsbewegung des Proletariats auf den verschiedenen Gebieten steht in einer ganz bestimmten Wechselwirkung: Steigt das Niveau in wirtschaftlicher Beziehung, so hebt es sich auch in intellektueller und moralischer Beziehung und umgekehrt feuert die Erhöhung des geistigen Niveaus die Arbeiter an, sich auch eine wirtschaftliche Besserstellung zu erkämpfen. Darauf beruht aber die Möglichkeit einer jeden proletarischen Emanzipationsbestrebung." Die zentrale Ebene des Ringens um die Verbesserung der Lage der Lohnarbeitenden bildeten, zunehmend nach der Jahrhundertwende (auch durch die Weltkriegsjahre hindurch), Verhandlungen mit Unternehmerverbänden, um bessere und möglichst einheitliche Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft (Lohnhöhe, Arbeitsschutz, Arbeitsnachweis, Arbeitszeit) und deren vertragliche Bindung in Tarifverträgen. Einem Leipart ging es dabei auch um die Anerkennung der

Gewerkschaften als eines neben und gegenüber den Unternehmen gleichberechtigten Partners. Tarifverträge wurden als Form der Mitbestimmung der Gewerkschaften über die Situation der Lohnarbeitenden aufgefaßt. Und es war der Kampf um die Durchsetzung der politischen Ökonomie der Arbeit gegen die politische Ökonomie des Kapitals. Die schon vor dem Krieg erreichten Tarifverträge und dann die "Kriegsarbeitsgemeinschaften" mit den Unternehmen 1914-1918 (die aus Leiparts Sicht in erster Linie zum Schutz der Lohnarbeitenden dienten, dazu vgl. weiter unten) führten - nicht zuletzt unter dem Druck der November-Revolution - zum Abkommen vom 15. November 1918, auch Stinnes-Legien-Abkommen genannt. Es müßte eigentlich "Stinnes-Leipart-Abkommen" heißen, denn Leipart war es, der die Verhandlungen seitens der freien Gewerkschaften anführte und sie inhaltlich bestimmte. Über Einzelheiten berichtete er auf der Vorständekonferenz der freien Gewerkschaften am 3. Dezember 1918. Entsprechend dem Abkommen wurden der Achtstundentag und die Tarifverträge für sämtliche Berufe in ganz Deutschland eingeführt, die Gewerkschaften als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt, ihnen die uneingeschränkte Koalitionsfähigkeit zugesichert, für alle Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten (mitbestimmende) Arbeiterausschüsse vereinbart u. a. m. Am 4. Dezember wurde dann die "Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands" (ZAG) gegründet mit dem Zweck, "alle die Industrie und das Gewerbe Deutschland berührenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen sowie sie alle betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten" gemeinsam zu lösen. In der DDR-Geschichtsschreibung wurde dieses Abkommen überwiegend als Dienstleistung der Gewerkschaften für die Kapitalinteressen beurteilt ("die reformistischen Gewerkschaftsführer" hätten sich, als Gegenleistung für die Zugeständnisse, "schützend vor die monopolkapitalistischen Kriegsverbrecher gestellt", indem sie deren Enteignung verhinderten). Es war aber ein weiterer Schritt bei der Durchsetzung der politischen Ökonomie der Lohnarbeit gegen diejenige des Kapitals. Es handelte sich, so Leipart, "nicht um die Wahrnehmung von Arbeitgeberinteressen, sondern mindestens im gleichen, wenn nicht in höherem Maße um die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen". Schon sehr bald mußten die freien Gewerkschaften erkennen, daß die Kooperation mit den Arbeitgebern in der ZAG aufgrund ungleicher realer Machtverhältnisse scheiterte. Dennoch ist G. D. Feldmann zuzustimmen, wenn er meint, daß die Bemühungen der Gewerkschaftsführer um die ZAG keinen Verrat an der Arbeiterschaft bedeuteten. Ihre Motive und Zielsetzungen waren: Chaos, das sich als Schaden für das Wohlergehen der Arbeiter erweisen mußte, zu vermeiden; die gewerkschaftliche Organisation aufrechtzuerhalten und zu stärken; die Lebensbedingungen der Arbeiter durch kontinuierliche Verhandlungen mit den Arbeitgebern unmittelbar zu verbessern, u. a. m. Auf der politischen Ebene ging es den Gewerkschaften, so auch Leipart, um die Durchsetzung von Rechtsforderungen der Lohnarbeitenden in Gestalt der sozialen Gesetzgebung, auch - ebenfalls im Sinne von Engels - als Kampf um "einen Anteil an der Macht", "um in die Lage zu kommen, die bestehenden Gesetze entsprechend ihren (der unteren Klasse) eigenen Interessen und Bedürfnissen zu ändern". Nachdem in die Weimarer Verfassung (1919) unter dem Druck der November-Revolution und konkreter Forderungen der Gewerkschaften Bestimmungen aufgenommen wurden, die wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen folgten (auch wenn sie nicht realisiert wurden), war es besonders die Sozialgesetzgebung der 20er Jahre, die einen weiteren Fortschritt für die Lohnarbeitenden brachte. Den bis heute wirksamen Ertrag - eine Leistung vor allem der Gewerkschaften und Leiparts, der Spitze des ADGB - faßte Hans Mommsen 1977 so zusammen: "In allen wesentlichen Punkten ist das sozialstaatliche Instrumentarium der Bundesrepublik während der Weimarer Zeit entwickelt oder institutionalisiert worden. Das gilt für das Arbeits- und Tarifvertragsrecht, das System der Arbeitslosenversicherung, die Arbeitsschutz- und Arbeitszeitregelungen wie den Komplex der Betriebsverfassung"; wenn auch das System der Weimarer Sozialpolitik ein Torso geblieben sei, eine Fülle sozialpolitischer Maßnahmen von bleibender Bedeutung sei realisiert worden und: "Vergleicht man das, was während jener 14 krisenhaften Jahre der Weimarer Republik, die unter denkbar ungünstigen ökonomischen Bedingungen standen, auf sozialpolitischem Gebiet getan worden ist, mit den entsprechenden Maßnahmen in den mehr als zweieinhalb (und nunmehr fünf) Jahrzehnten bundesrepublikanischer Entwicklung, so ergibt sich für Weimar eine bedenkenswert positive Bilanz ..." Diese Bilanz kann auch der persönlichen Bilanz Theodor

Leiparts zugerechnet werden, denn für alle genannten Teilgebiete setzte er sich gerade 1919-1929 mit großem Nachdruck ein. Übereinstimmend mit den späteren (1976) Ausführungen Wolfgang Abendroths sah Leipart im "Erlangen von Gesetzesregeln, von Verfassungsrechtsregeln, die zu ihren (der unterdrückten Klasse) Gunsten nutzbar sind", ein "Problem des Klassenkampfes und nichts anderes"; "das Weiterführen, das Austragen dieser Rechtsregeln führt diesen Kampf weiter". Und: "Wenn man so will, kann das Verfassungsrecht als ein jeweiliger Klassenwaffenstillstand gelten, aber im Fortgang des Klassenkampfes nicht als Klassenfrieden. Ein Klassenwaffenstillstand mit dem Zweck, im Klassenkampf ... die physische Gewaltsamkeit auszuklammern, ist in der Normalsituation der Fortbewegung ihres historischen Prozesses die angemessene Weise der Existenz der menschlichen Gesellschaft." Gerade in diesem Sinne wirkte ein Theodor Leipart.

#### **1914-1918: Zwiespalt als Vaterlandsverteidiger und internationaler Gewerkschaftssekretär**

Leipart war ein Patriot und von internationaler Solidarität geprägter Gewerkschafter, letzteres in der Tradition der II. Internationale, die sich auf "nationale Säulen" stützte. 1904 initiierte und gründete er anlässlich des Sozialistenkongresses in Amsterdam die Internationale Union der Holzarbeiter (IUH), zu deren internationalem Sekretär er dort gewählt wurde - eine Funktion, die er bis 1919 ausgeübt hatte (und in den Jahren bis 1914 darin aktiv von Clara Zetkin unterstützt wurde). Bei Ausbruch des Krieges im August 1914 gehörte Theodor Leipart - neben anderen freien Gewerkschaftlern - zu den Vaterlandsverteidigern und unterstützte die Burgfriedenpolitik des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Warum das? Gerhard A. Ritter schreibt: Durch die Ergebnisse der Vorkriegspolitik von Sozialdemokratie und Gewerkschaften sei die Arbeiterschaft im Deutschen Reich so stark verwurzelt worden, daß der 4. August 1914 von der Mehrheit der Sozialdemokraten als selbstverständlich akzeptiert wurde. Das war sicher ein wesentlicher Grund für Leiparts und der anderen Gewerkschafter Position. Für Leipart ist sie noch zu spezifizieren. Dabei geht es nicht darum, sie zu rechtfertigen, sondern sie, so weit es geht, zu ergründen, und das nicht in erster Linie ideologisch, sondern auch und besonders aus seiner Persönlichkeit heraus. Die bestimmende Rolle dürfte seine reformorientierte, auf Emazipation der Arbeiterschaft gerichtete Weltsicht gespielt haben. Oben wurde seine im Zusammenhang des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens verfochtene Auffassung erwähnt, mit der Sicherung der Arbeitskraft der Lohnarbeitenden als Grundlage für ihre materielle und geistige Erhöhung dienten die Gewerkschaften der Allgemeinheit, dem "Volksganzen". Das Volksganze (alle Angehörigen eines Volkes, das Volk) war in Leiparts Wahrnehmung das Vaterland. Hinzu kam die Ansicht, Deutschland sei in diesem Krieg der vom zaristischen Rußland angegriffene Teil und müsse sich deshalb "seiner Haut wehren". An einen Kollegen in der Schweiz schrieb er als "offene Antwort" auf dessen Kritik an der Kriegsbegeisterung der deutschen Arbeiter: "Für einen Angriffskrieg gegen Frankreich und England würden die Arbeiter Deutschlands natürlich niemals begeistert worden sein, wohl aber halten wir es für unsere Pflicht ..., unser Land und die ganze europäische Zukunft gegen den Überfall des russischen Zarismus mit ganzer Opferwilligkeit zu verteidigen"; es müsse verhindert werden, "daß etwa der Sieg des russischen Kosakentums und der russischen Knute" die deutschen Gewerkschaften nach dem Krieg der Möglichkeit berauben würde, ihren "Kampf für die Rechte und Freiheiten der arbeitenden Bevölkerung fort(zu)setzen" Daneben betrachtete es Leipart als die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, im Krieg die Arbeiterklasse vor dem damit verbundenen Elend möglichst zu schützen. Das war der wirtschaftliche Aspekt, der Leiparts Unterstützung der Kriegsziele des kaiserlichen Deutschland und des "Durchhaltens bis zum Siege" zugrunde lag: Die Niederlage würde zur Verelendung der deutschen Arbeiterschaft führen und damit ihre zivilisatorische Emanzipation - das erklärte Ziel der gewerkschaftlichen Tätigkeit - hemmen, das auf diesem Weg Erreichte zunichtemachen. "Indem wir unser Vaterland verteidigen, sichern wir die Grundlagen für den Aufstieg der Arbeiterschaft", hieß es in der HZ am 13. Mai 1916 in einer Antwort auf die Vorwürfe der schweizerischen Holzarbeiter-Zeitung. Leipart gehörte keineswegs zu den Kriegsbegeisterten. Den Krieg - den "fürchterlichen Weltbrand" - hielt er für ein Unglück, der die Arbeiter und ihre Familien in Not und Elend stürze, ihnen große Opfer an Gut und Blut abverlange. "Wir verabscheuen den blutigen Krieg und bedauern seinen Ausbruch und

alle seine Begleiterscheinungen aus tiefstem Herzen", schrieb er im September 1914. Er war ein Vaterlandsverteidiger und zugleich - es mutet irrational an - schrieb er im "Brief an meinen lieben toten Sohn" (dieser war als Kriegsfreiwilliger schon im Dezember 1914 an der Westfront gefallen): Auch dort, wo der Sohn gestoben war, "gab es vordem friedliche, sonnige Gärten, die glücklichen Menschen eine geheiligte Heimat waren. In Deinem Namen, mein toter Sohn, bitte ich diese Unbekannten, die nun gleichfalls unglücklich geworden sind: Verzeiht, daß wir an der Zerstörung eures Glücks beteiligt waren; die harte Notwendigkeit einer höchsten Pflicht (!) gab uns dies Gebot. - Einst aber wird die Sonne des Friedens wieder über den Fluren leuchten und wieder Blumen und Früchte aus dem jetzt vom Krieg zertrampelten Boden sprießen lassen ..." In einem politischen Aufsatz schrieb er damals, also mitten im mörderischen Weltkrieg, der ihm gerade den einzigen Sohn genommen hatte: "Über die Wahrnehmung der Staatsinteressen (in Leiparts Verständnis: der nationalen, der Volksinteressen) soll freilich das allgemeine Menschheitsinteresse auch nicht vergessen werden. Aus diesem Grunde sind wir nicht nur national, sondern zugleich auch international gesinnt. Wir lieben unser Land und unser Volk und achten und schätzen auch die anderen Völker, in deren Gemeinschaft wir in dauerndem Frieden und in gegenseitiger Harmonie die allgemeinen Menschheitsinteressen pflegen und fördern möchten." Und so wirkte Leipart nach Ausbruch und Verlauf des ganzen Krieges als Sekretär der IUH weiter. Er war der, fast könnte man meinen schizophrene, aber von ihm überaus ernst gemeinte Versuch, die Vorkriegstradition der internationalen Solidarität der Lohnarbeitenden fortzusetzen. Als gewählter Sekretär der IUH gab er das Bulletin der Union weiterhin heraus und versandte es in die verschiedenen Länder, auch in die mit Deutschland kriegführenden; verfaßte und veröffentlichte er jährlich Berichte über seine Sekretärstätigkeit und die Lage der Union; ging er öffentlich auf die im Ausland geübte Kritik an der Haltung der deutschen Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, namentliche des DHV, ein. Ein Bericht schloß mit dem Satz: "Möge endlich der Krieg sein Ende finden und mit dem Frieden der Verband recht bald die Möglichkeit wiedererlangen, seine ganzen Kräfte in vollem Maße zu entfalten, im Inlande und über die Grenzen hinaus, wie es das allgemeine Arbeiterinteresse erfordert." Dazu sei vor allem erforderlich, "daß die Organisationen der Arbeiter in allen Ländern aufrecht erhalten bleiben, aber auch: "daß die Arbeiter sich frei halten von jeder chauvinistischen Verhetzung". Solche Sätze, mitten im Kriegsgemetzel niedergeschrieben und veröffentlicht, klingen unglaubwürdig. Es wäre aber der Persönlichkeit Leiparts nicht angemessen, wollte man sie als Demagogie abtun. Sie waren wohl eher eine tiefgehende Selbsttäuschung dieses so ganz auf Toleranz und Harmonie ausgerichteten Mannes. Das köstliche Gut Vaterland", das auch die Arbeiter (Bei Leipart: nicht nur die deutschen!) verteidigen mußten, und die "internationale Arbeitersolidarität", die "freundschaftliche Gesinnung zu den Arbeitern des Auslandes" standen bei Leipart offensichtlich auf einem und demselben Blatt. Da stießen die patriotische "Pflicht" und das Gebot der internationalen Arbeitersolidarität unversöhnlich aufeinander - Leipart versuchte indes, beides zu vereinbaren. Auch wer seine Art Vaterlandsgefühle nicht nachvollziehen und nicht teilen kann (wie die Autorin), wird nach Kenntnis alldessen, was Leipart an schriftlichen Zeugnissen hinterlassen hat, sagen müssen: Er war kein Nationalist. Niemals hat er sich abfällig über andere Nationen geäußert oder die Deutschen gegenüber anderen Völkern höhergestellt. Die patriotische Gesinnung verband sich bei ihm auf rational nicht erklärbarer Weise mit dem selbstauferlegten Gebot, die ökonomischen Interessen der Arbeiter (darauf vor allem anderen bezog sich sein Verständnis der internationalen Solidarität) auch im Kriege wirksam zu vertreten.

#### **Während der November-Revolution 1918/1919**

Das Revolutionsjahr 1918/1919 stellte gewerkschaftliche Positionen zu Aktionen und Gewalt auf die Probe - und warf die Fragen nach Sozialisierung und Arbeiter- bzw. Betriebsräten sehr konkret auf. Darauf soll im folgenden eingegangen werden. Im Verlaufe des Jahres 1918 zeigte sich bei Leipart und dem DHV in der Stellung zu politischen Aktionen - auch zu politischen Massenstreiks - ein gewisser Wandel. Der Leitartikel der HZ vom 5. Januar 1918 reflektierte zustimmend die Oktober-Revolution von 1917 in Rußland. Den politischen Massenstreiks in Deutschland vom Januar 1918 brachte Leipart auf der Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften am 1. Februar 1918 Verständnis entgegen: Die Regierung habe sie selbst zu

verantworten, weil sie bis dahin ungenügend auf die Forderungen der Arbeiter eingegangen sei, womit "innere Reformen hier und jetzt" gemeint waren. Im Gefolge der Massenstreiks vom Winter/Frühjahr 1918 wurde die politische Atmosphäre in Deutschland als "im Zustand der Hochspannung" charakterisiert, eine scharfe Kritik an der Fortsetzung des Krieges durch die "reaktionäre Vaterlandspartei" geübt und im übrigen wiederum für die Einheit der Arbeiterbewegung und die Festigung ihrer Organisationen geworben. Am 26. Oktober 1918 hieß es in der HZ: "Im Gefolge des Krieges schreitet die Revolution". Eine neue Epoche habe in der Geschichte Deutschlands begonnen, die im Zeichen der Weltrevolution stünde. Doch wurden die Leser davor gewarnt, sich auf "politische Streiks und Putsche" einzulassen, das würde nur die neue "Volksregierung" gefährden und den Reaktionären nützen. "Wir brauchen die Revolution nicht hervorzurufen, es gehört nur wenig Scharfblick dazu, um zu erkennen, daß wir uns mitten in der Revolution befinden, die sich konsequent und unaufhaltsam weiterentwickelt. Wir können den Gang der Revolution beeinflussen, aber nicht etwa durch die Entfesselung des blutigen Bürgerkrieges, sondern durch den festen Zusammenschluß der Arbeiter." Der Gang der Dinge im November 1918 wurde zwar nicht durch den Bürgerkrieg, aber sehr wohl nicht nur durch "den festen Zusammenschluß der Arbeiter", sondern auch und vor allem durch deren entschlossene Aktionen beeinflußt. So auch der erweiterte (im Vergleich zu den Vorstellungen, die Unternehmerverbände in Verhandlungen mit Gewerkschaften vor dem 9. November unterbreitet hatten) Inhalt des Abkommens vom 15. November 1918, von dem oben schon die Rede war. Leipart berichtete darüber, wie erwähnt, auf der Vorständekonferenz der freien Gewerkschaften am 3.12.18 und mußte hier zugeben, daß die Revolution insofern ihren Einfluß auf die Verhandlungen ausgeübt hatte, als nach dem 9. November von den Gewerkschaften weitergehende Forderungen gestellt (und - mit der Massenbewegung im Rücken! - durchgesetzt - U. Pl.) wurden. Der erzielte Erfolg war also, wie er auf dem Gewerkschaftskonkreß im Juli 1919 einräumte, "durch die Revolution erheblich beschleunigt worden". Seine Maxime, Organisation komme vor Aktion, wurde also erschüttert. Über Ereignisse des 9. und 10. November und die Berufung der Regierung der Volksbeauftragten berichtete die HZ in ihrer Ausgabe vom 16. November: "Die deutsche sozialdemokratische Republik" haben sich konstituiert. Als Ende Dezember 1918 und in den Monaten Januar bis März die revolutionäre Woge im Lande hochschlug - und vom sozialdemokratischen Reichskanzler F. Ebert zusammen mit G. Noske mit Hilfe reaktionärer Militärverbände im Blut erstickt wurde, stand die HZ, Sprachrohr des DHV-Vorstandes, an der Seite der Regierung. Der Bürgerkrieg wurde "eine äußerst schmerzliche Erscheinung" genannt - und der "Putschtaktik der Spartakisten" angelastet. Die eigentliche Ursache "der grauenhaften Vorgänge" wurde nicht in Provokationen der Regierung seit Dezember 1918 gesehen, sondern in der katastrophalen Ernährungssituation: Der Hunger erzeuge den Massenwahnsinn, die jahrelangen Entbehrungen - eine "Stimmung, bei der es der Masse nicht mehr möglich ist, einen klaren Gedanken zu fassen". Der Regierung sei kein anderer Ausweg geblieben, als "nach langen Zögern ... der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten". Der Bürgerkrieg in Berlin im März, im Gefolge des dort am 3. März beschlossenen Generalstreiks und des von Noske vom 9. bis 16. März verhängten Standrechts, sei "mit einer Grausamkeit geführt (worden), die eben nur der Bürgerkrieg hervorbringt", und das wurde beklagt. Die HZ vom 22. März 1919 sah diesmal keinen Anlaß, bei dem Streit (um die Verantwortung für das Blutvergießen) für die eine oder andere Seite Stellung zu nehmen"; das, was unbestritten feststünde, genüge, "um jeden Menschenfreund mit dem tiefsten Schmerz zu erfüllen". Der Bürgerkrieg in den Monaten Januar-März 1919 bestärkte Gewerkschaftler wie Leipart darin, physische Gewalt als Mittel gesellschaftlicher Veränderungen abzulehnen. Dieser Gesichtspunkt bildete den Kern der politischen Argumentation gegen den Spartakusbund: Nachdem dessen "Putsch" niedergeschlagen worden sei, hieß es in dem Beitrag der HZ vom 25. Januar 1919, stünde es "dem Sieger schlecht an, wollte er in dem besiegten Gegner nur Räuberbanden sehen, zu deren Bekämpfung jedes Mittel recht" sei: "Der Kern des Spartakusbunde besteht aus tapferen Idealisten, die tollkühn für eine Idee kämpfen, welche sie für richtig halten." Ihr Vorbild sei die russische Revolution, ihr Ziel die Weltrevolution; mit Sozialisten hätten sie es gemein, "daß sie an Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine andere, bessere einführen" wollten; aber damit höre jede Gemeinsamkeit auf, denn: "Sie wollen nicht an das Bestehende anknüpfen und organisch weiterbauen, ihr nächstes Ziel ist die Zerstörung des Bestehenden", sie wollten "auf den Trümmern der alten Wirtschaft ein Idealreich der

Gleichheit und Brüderlichkeit errichten". Leipart und andere setzten dagegen in der nunmehr von den Arbeitern erstrittenen Republik nach wie vor darauf, "das Bestehende organisch weiterzubauen", also Reformen voranzutreiben durch Übereinkünfte mit Unternehmern und mit Hilfe des Staates, der nunmehr ein demokratischer "Volksstaat" sei. Möglichst ohne Brüche und Opfer sollten zunächst die Probleme der "Übergangswirtschaft", also des Übergangs von Krieg zum Frieden, gelöst werden, denn nur eine funktionierende Wirtschaft könne der Boden sein, der weitere Reformarbeit im Dienste der Arbeiterklasse und "Wohlstand für alle" (das Ziel des Sozialismus) sichere. Davon waren die Positionen Leiparts und des DHV zu der von beträchtlichen Teilen der Arbeiterschaft geforderten Sozialisierung der (bzw. in der) Wirtschaft 1918/1919 bestimmt. Im DHV-Vorstandssprachrohr hieß es dazu: Die Sozialisierung könne nur allmählich erfolgen, die Überführung der privatkapitalistischen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum sei "ein Prozeß, der sich nur schrittweise vollziehen kann. Jede Überstürzung wirkt schädlich." Fritz Tarnow verwies auf dem Verbandstag des DHV im Juni 1919 in einem solchen Zusammenhang, auch unter Berufung auf Lenin, auf das wirtschaftliche Chaos in Rußland anderthalb Jahre nach der Revolution. Diese Position entsprach mit Sicherheit der Einstellung nicht geringer Teile, vermutlich der Mehrheit der Arbeiterschaft, denn - da ist Wolfgang Ruge zuzustimmen - das Vertrauen in die Reform entsprach wohl "der sozialen, ökonomischen und kulturellen Situation, in der sich die Mehrheit des deutschen Proletariats während der Revolution befand". Dieses Verhalten war nicht Gewerkschaftsführern wie Leipart anzulasten, es war in den objektiv gegebenen Bedingungen begründet, und Rosa Luxemburg unterlag da einer großen Illusion, wenn sie im Dezember 1918 schrieb: "Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen", wenn sie "die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen" in Deutschland forderte und im Januar 1919 den Aufruf der Berliner revolutionären Obleute zum Generalstreik und deren Ruf "Zu den Waffen!" begrüßte in der Meinung, "die Massen" würden das unterstützen. Zehn Tage nach dem 2. Reichsrätekonkreß begründete Leipart auf der Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften am 24. April 1919 die "Richtlinien für die zukünftige Tätigkeit der Gewerkschaften". Sie wurden anschließend in den Gewerkschaften zur Diskussion gestellt und Anfang Juli 1919 vom Gewerkschaftskonkreß beraten und angenommen. Darin bekannten sich die Gewerkschaften zum Sozialismus als "einer gegenüber dem Kapitalismus höheren Form der volkswirtschaftlichen Organisation" und sicherten zu, alle die Maßnahmen zu unterstützen, die wirklich zur Sozialisierung, also "zum Wohl und zum Vorteil des Volksganzen, insbesondere der Arbeiterschaft, führen können". Was unter Sozialisierung zu verstehen sei, erklärte Tarnow, Leiparts Gleichgesinnter, auf dem DHV-Gewerkschaftstag im Juni 1919. Es ginge dabei um "die Überführung der Produktion in den Besitz und die Verwaltung der Allgemeinheit". Ein tragender Gesichtspunkt war: Die Sozialisierung könne nicht das Werk der Arbeiter allein sein, es müßten dazu die Fachleute - Techniker, Ingenieure, Betriebsleiter - herangezogen werden, um ein störfreies Funktionieren der sozialisierten Wirtschaft zu sichern. Tarnow äußerte sich relativ ausführlich und konkret zur Sozialisierung in der von Mittel- und Kleinbetrieben herrschenden Holzindustrie, als er die dazu von ihm vorgelegte Resolution begründete. Wohl in Anlehnung an Konzepte der von der Regierung eingesetzten Sozialisierungskommission wurden Wirtschaftskammern für die Holzindustrie verlangt. Diesen sollte das Verfügungsrecht über den Rohstoff Holz übertragen werden, es sollten "alle Privatforsten von mehr als 10 ha zusammenhängender Fläche" enteignet und in "öffentliches Eigentum und gemeinwirtschaftlichen Betrieb" überführt werden u. a. m. Eine direkte Reaktion auf die Ereignisse nach dem 9. November 1919 war die in den Gewerkschaften geführte Diskussion über die Arbeiter- und Betriebsräte, die sich (teilweise schon während der letzten Kriegsjahre, so während der April-Streiks 1917) spontan in Betrieben und Territorien gebildet hatten und zu den Trägern der Revolution wurden. Debattiert wurde, auch im DHV, ob die Räte die Gewerkschaften ersetzen würden, ob sie anerkannt und welche Aufgaben ihnen eingeräumt werden sollten, worin sich Betriebsräte von den während des Krieges (zum Teil schon früher) gebildeten betrieblichen Arbeiterausschüssen unterschieden. Die erste Diskussion darüber fand auf der Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften am 3. Dezember 1918 statt. Fritz Paepow, Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes, wandte sich strikt gegen die Arbeiterräte ("ihr wüstes Treiben"). Leipart meinte dagegen, mit einem "scharfen und



allerschärfsten Protest" gegen sie sei den Gewerkschaften nicht gedient, und man dürfe "sehr wohl zufrieden sein mit der Entwicklung, auch der politischen und der Stellungnahme der einzelnen Gewerkschaften zu den Arbeiterräten, von einer dreiköpfigen Kommission, darunter Leipart als ihrem Sprecher, ausgearbeitet. Es sollte vor allem ausgesagt werden, so erläuterte Leipart, "daß es nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegt, wenn die Arbeiterräte die Gewerkschaften ablösen möchten und die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter übernehmen". Die Arbeiterräte wurden "die politischen Organe der Revolution" genannt, für die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben sollten sie die Gewerkschaften heranziehen, die "in jahrzehntelanger Arbeit Erfahrungen gesammelt haben und die insbesondere auch bei der bevorstehenden Sozialisierung dazu reifer Industriezweige unentbehrlich sind". Im Referat auf dem Gewerkschaftskongreß Anfang Juli erläuterte Leipart den Punkt 7 der "Richtlinien", in dem es um "das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ... bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation" ging, und nahm kritisch zum Regierungsentwurf für ein Betriebsrätegesetz Stellung, der hinter den Gewerkschaftsvorstellungen zurückgeblieben sei. Dazu hatte Leipart schon im April gesagt: "Was das Gesetz uns bringt, erkennen wir nur als Minimalbestimmung an, auf Grund deren wir alsdann unsere eigenen Gesetze, unsere Kollektivverträge selbst festsetzen wollen." Die Gewerkschaften sollten nicht auf die Gesetzgebung warten, sondern ihre Forderungen in Tarifverträgen mit Unternehmern festschreiben. Der von Leipart geführte DHV war in diesem Sinne vorgegangen. Als es seit Frühjahr 1919 darum ging, mit dem Arbeitgeberverband - im Gefolge der November-Vereinbarung von 1918 - erstmalig einen Reichstarifvertrag für die Holzindustrie auszuhandeln, sollte darin die "wirtschaftliche Demokratie der Betriebe" festgeschrieben werden: "Einführung von Arbeitervertretungen in allen Betrieben mit dem Recht der Mitwirkung in allen Betriebsangelegenheiten, an denen die Arbeiterschaft beteiligt ist oder ein berechtigtes Interesse hat." Damit sollte zugleich "die gesetzgeberische Behandlung dieser Materie" - das im Entstehen begriffene Betriebsrätegesetz - beeinflußt werden, denn die "ersten Entwürfe ließen schon erkennen, daß die Gesetzgeber nicht gewillt waren, alle berechtigten Wünsche der Arbeiter in Bezug auf das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter zu erfüllen". Der Vorstand setzte die zitierte Bestimmung im Reichstarifvertrag gegen starken Widerstand der Arbeitgeber nach monatelangen Verhandlungen durch. Rückblickend hieß es im Jahrbuch 1919 des DHV: "Die gleichberechtigte Stellung, das heißt also die wirtschaftliche Demokratie der Betriebe, ist noch nicht der Sozialismus, wohl aber eine seiner Voraussetzungen. Das war sowohl den Arbeitern bewußt, die sich mit voller Kraft für die Erringung eines großen Einflusses in den Betrieben ins Zeug legten, wie auch den Unternehmern, die sich dagegen mit der größten Energie wandten. Unter diesen Umständen mußte diese Frage geradezu der Brennpunkt des wirtschaftlichen Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit werden." Zugleich hielt man im DHV "gegen Strömungen in der Arbeiterschaft", denen die Formulierung im Reichstarifvertrag nicht weit genug ging, daran fest, "daß die Sozialisierung der Wirtschaft und die Ausschaltung des privaten Unternehmertums eine Angelegenheit ist, die nicht in einigen Wochen oder Monaten durchgeführt werden kann". Aufgaben der Gewerkschaften sei es, "sich in der Richtung des Zieles vorzuarbeiten, praktische Tatsachen zu schaffen, auf denen die Gesetzgebung weiterbauen kann". Und das müsse "ganz besonders gelten in Bezug auf die Erringung des Mitbestimmungsrechts in den Betrieben". Die gewerkschaftliche Diskussion um Sozialisierung und Räte mündete in den von Leipart maßgebend mitformulierten "Richtlinien", in erste Vorstellungen über Wirtschaftsdemokratie, wenn auch, so Leipart im April, darin "nur ganz skizzenhaft angedeutet (war), wie die allgemeine Wirtschaftsorganisation ... uns vorschwebt", nämlich: "Selbstverwaltung der Volkswirtschaft, entsprechend zusammengesetzt aus Vertretungen der Betriebsleiter, der Gemeinden und des Staates (nach Leipart "des Volksganzen") und auch Vertretern der an der Warenherstellung und dem Warenvertrieb interessierten Kreise, Handel, Konsumenten usw." unter Mitwirkung der Arbeitervertretungen, "ungefähr in dem gleichen Sinne, wie die Vorschläge auf dem Rätekonkreß gemacht worden sind: Arbeiterräte, Bezirksarbeiterräte, Reichsarbeitererrat" im Zusammenwirken "mit den Vertretungen der anderen Volksangehörigen". Im Gefolge der revolutionären Schöpferkraft der kämpfenden Arbeiter wurden so auf dem Gewerkschaftskongreß einige Ideen überbetriebliches Recht: Die großen, traditionsreichen Gewerkschaften der Holzarbeiter und Bauarbeiter mit ihren "weithin angesehenen und außerordentlich fähigen

Führern (Leipart, Tarnow, Paepflow...) entwickelten konkrete wirtschaftspolitische Vorstellungen, in denen die Mitbestimmung der Arbeiterräte einen wichtigen Platz einnahm. Leiparts Ausführungen auf dem Gewerkschaftskongreß im Juli mündeten, anders konnte es bei ihm nicht sein, in den Aufruf, die gewerkschaftliche Kraft und Einigkeit zu stärken. Wohl mit Blick auf die stark vertretene kampflustige Opposition schloß er selbstbewußt: "Der ruhige und stille Kampf der Gewerkschaften, die zähe und geschlossene Durchsetzung unserer gewerkschaftlichen Forderungen und Ziele, das ist die richtige, die fruchtbare, revolutionäre Sozialistentätigkeit. Diese Tätigkeit auch in Zukunft durchzusetzen, in Gemeinschaft mit Betriebsräten und Arbeiterräten, uns gegenseitig helfend und fördernd für den dauernden Aufstieg der Arbeiterklasse, das muß die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften sein." Aus der Entfernung von 80 Jahren erscheinen das Agieren der Gewerkschaftler um Theodor Leipart und Fritz Tarnow im Nachhinein als zu vorsichtig und nicht weitgehend genug, "reformistisch" eben. Auf die beschleunigend wirkenden Straßenschlachten mochten sie sich - aus Furcht vor dem Bürgerkrieg - nicht stützen. Verrat war das nicht. Ihr Wirken war viel bodenständiger, konkreter, konstruktiver und letztlich ergiebiger als die revolutionären, aber wenig faßbaren und kaum handhabbaren Parolen der Verfechter des "reinen Räteresystems".

### **Die 20er Jahre: Ideen zur Wirtschaftsdemokratie**

Die von den Gewerkschaften geforderte Mitbestimmung in den Betrieben und demokratische Mitwirkung in der Wirtschaft fanden schließlich Eingang in die im August 1919 in Weimar angenommene Verfassung: Art. 159 bestimmte die rechtliche Voraussetzung der Gewerkschaftsarbeit; Art. 165 erklärte Tarifverträge als rechtsverbindlich und legte fest: Die Arbeiter und Angestellten seien dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmen an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Es waren Einrichtungen vorgesehen wie Betriebs- und Bezirksarbeiterräte sowie ein Reichsarbeiterrat; Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat, die Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse regeln sollten. "Den Gewerkschaften war damit", so M. Schneider, "durch die Verfassung das Recht auf Mitbestimmung und Einflußnahme nicht nur im sozialpolitischen Bereich, sondern auch bei der Gestaltung des gesamten Wirtschaftslebens zugesprochen worden, dessen Ordnung - laut Art. 151 - den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins entsprechen sollte." Die HZ schrieb am 27. Dezember 1919 in einem Beitrag über "Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie in der Reichsverfassung", damit sei "zum ersten Male die Forderung einer Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie grundsätzlich erfüllt worden." Die "heute mögliche Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens" sei "natürlich noch nicht der Abschluß der Entwicklung, aber sie bedeutet einen wesentlichen Schritt in der Richtung zum Sozialismus." Die Arbeiter müßten sich erst noch "die nötige Reife" erarbeiten ("mögen auch weltfremde Theoretiker von einer vorhandenen Reife phantasieren"), um die Mitbestimmung wirklich zu praktizieren, - die Gewerkschaften seien dafür "die berufenen Faktoren." In dieser Richtung wirkte Theodor Leipart in den 20er Jahren. Im Januar 1921 wurde er (nach dem Tode von Carl Legien im Dezember 1920) zum Vorsitzenden des unter seiner maßgebenden Mitwirkung 1919 konstituierten Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) - des freien (sozialdemokratisch orientierten) gewerkschaftlichen Dachverbandes - gewählt. Seit Mitte der 20er Jahre initiierte und beförderte er im ADGB die Arbeiten an Konzepten der Wirtschaftsdemokratie. 1925 waren sie, von Leipart angeregt, Gegenstand des ADGB-Kongresses in Breslau. Seitdem hatte er sie, wie ein Zeitzeuge später schrieb, "zum Forschungsgegenstand erhoben." Ein Ergebnis war das bekannte, unter Leitung von Fritz Naphtali entstandene Buch darüber, das dem ADGB-Kongress in Hamburg 1928 vorgelegt wurde. Die Notwendigkeit der Wirtschaftsdemokratie begründete Leipart im Januar 1926 wie schon früher so: "Die Wirtschaft ist nicht eine private, sondern eine öffentliche Angelegenheit. Jeder, der in der Wirtschaft wirkt und arbeitet, soll seine Tätigkeit als einen Dienst am Volke betrachten. Der arbeitende Mensch hat für die Wirtschaft eine noch größere Bedeutung als die Produktionsmittel. Genau wie im Staate sollen auch in der Wirtschaft die Arbeiter nicht länger Untertanen sein, sondern gleichberechtigte Wirtschaftsbürger. (Dieser nach 1945 von den westdeutschen Gewerkschaften viel gebrauchte Begriff geht

auf Leipart zurück!) Dann wird auch eintreten, daß die Wirtschaft nicht mehr vom Erwerbsinteresse des einzelnen, sondern vom Versorgungsinteresse der Gesamtheit geführt wird." Die Unternehmer dürften nicht noch länger die Wirtschaft als ihre alleinige Privatangelegenheit betrachten." Und an anderer Stelle (1928) noch präziser: "Das eben ist der große Unterschied zwischen der rein privatkapitalistischen Wirtschaft und unserer Auffassung von Volkswirtschaft, daß wir die Wirtschaft frei machen von dem privaten Profitinteresse und sie geleitet und getrieben sehen wollen lediglich von dem allgemeinen Volksinteresse. Der Inhalt des Begriffs Wirtschaftsdemokratie ist für uns in erster Linie, daß die Wirtschaft nicht länger Privatangelegenheit der Unternehmer sein soll, sondern eine öffentliche Angelegenheit, die das ganze Volk angeht. Wirtschaftsdemokratie in unserem Sinne bedeutet den Kampf gegen die Alleinherrschaft der Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft." Diese Richtung der gewerkschaftlichen Einflußnahme auf die Wirtschaft sei "gegeben durch die sozialistische Grundanschauung", von der die Gewerkschaften ausgingen. Sie strebten "zur Gemeinwirtschaft, also zu einem System der Wirtschaft, das ausschließlich die Deckung des Bedarfs zum Ziele hat". Dies liege im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, die "auf die Dauer gar nicht gedeihen kann, wenn das Besitzrecht der Unternehmer und ihr Profitinteresse noch länger über das Allgemeinwohl gestellt bleiben". Die Wirtschaftsdemokratie sollte zum "Hineinwachsen in den Sozialismus" (oder auch: Herauswachsen aus dem Kapitalismus) führen, die Praxis auf dem Boden des Kapitalismus mit dem sozialistischen Ziel, zu dem die freien Gewerkschaften nach wie vor standen, verbinden. "Sollten die Gewerkschaften nicht", fragte Leipart, "versuchen, den Kapitalismus zu biegen, solange die Kraft noch nicht ausreicht, ihn zu zerbrechen? Ist es nicht möglich, allmählich, aber unaufhaltsam dem kapitalistischen Wirtschaftssystem planwirtschaftliche Gedankengänge aufzuzwingen, also mit der Zeit ein sozialistisches Reis nach dem anderen auf den Baum des Kapitalismus aufzupropfen?" Zugleich sollten die Gewerkschaften, so Leipart im September 1926, sich "nicht darauf beschränken, nur diese grundsätzliche Forderung (nach Wirtschaftsdemokratie auf der Grundlage der Gemeinwirtschaft) zu vertreten, sondern daneben auch durch eigene Initiative und durch zielbewußte Entfaltung der eigenen Kräfte der Arbeiterklasse in die Wirtschaft eindringen und Einfluß auf sie gewinnen". Sie sollten den Unternehmer das "Recht der Alleinherrschaft streitig" machen, die Wirtschaft in Richtung der angestrebten Wirtschaftsdemokratie drängen, einen Weg zum Gemeineigentum legen, "also für ein System der Wirtschaft, das ausschließlich die Deckung des Bedarfs zum Ziele hat." So wurden denn auf Leiparts Initiative in den 20er Jahren eine Reihe "sozialistischer Inseln" ins Meer der kapitalistischen Wirtschaft gesetzt. Dazu gehörten: Genossenschaften (auch warenproduzierende); die "Volksfürsorge" (gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs AG, unter Leiparts Teilnahme gegründet 1913); die "Deutsche Wohnfürsorge AG für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Dewog, 1924); die Verlagsgesellschaft mbH des ADGB (1921); die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG (1924, von Leipart schon 1913 angedacht als ein Mittel im Emanzipationskampf); die Bürobedarfs- und Papierhandelsgesellschaft mbH (eine gemeinsame Einkaufsorganisation der ADGB-Gewerkschaften 1924); die Lindcor-Fahrradwerke; die Eigenhilfe Feuer- und Sachversicherungs-AG, 1926. Die wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen und Initiativen stellten (also) durchaus die Eigentumsfrage - die Frage nach der Verfügungsgewalt über das Eigentum (alleinige Gewalt der Kapitalbesitzer - oder mit den Lohnarbeitern geteilte Gewalt?) und nach den Vielfalt der Eigentumsformen, die die Idee der Gemeinwirtschaft beförderten. - So schlug sich zu jener Zeit die radikale, weil auf soziale Gleichheit gerichtete Demokratietradition in der reformorientierten Arbeiterbewegung nieder. Es wurde also ein evolutionärer Weg der schrittweisen Emanzipation der Lohnarbeitenden angedacht, der auch die Eigentumsordnung einschloß.

### **Theodor Leipart und der ADGB-Kurs im Februar-April 1933**

Die Zeit nach der Machtübernahme durch die Nazis war wohl nach dem Tod seines Sohnes 1914 die schlimmste in Theodor Leiparts Leben: Sein Lebenswerk wurde zerstört. Er, der nunmehr auf die Siebzig zugeht, blieb danach weitgehend vereinsamt zurück, dazu fast ohne jegliche Existenzmittel (die Nazis hatten ihm jegliche Rentenzahlung verweigert). Auch für seinen Nachruf wiegt diese Zeit am schwersten: Ihm wurde - und wird immer noch - die alleinige oder die Hauptverantwortung für den glücklosen, als "Leipart-Kurs"

apostrophierten Versuch angelastet, die Gewerkschaften in den "neuen Staat" hinüberzuretten. Kontakte zum Widerstand gegen die Nazis, so heißt es, seien ihm nicht nachzuweisen. U. Borsdorf bezeichnete 1977 Leiparts Politik in den drei Monaten von Februar bis April als eine "Politik hilflosen Taktierens bis zur Selbstaufgabe gegenüber den Nationalsozialisten". Zwanzig Jahre später schrieb ein V. Ullrich in der ernst gemeinten Festschrift für einen renommierten Historiker in einer streckenweise kaum ernst zu nehmenden - bis hin zur Tatsachenfälschung greifenden - und jüngere Forschungsergebnisse ignorierenden Art von "Anpassung um jeden Preis" und "einem schrittweisen Übergang ins Lager des politischen Gegners", der NSDAP. Zu fragen ist: War der Kurs der Anpassung ein "Leipart-Kurs"? Und: Reichte die Anpassung wirklich bis zur Selbstaufgabe und dem Übertritt ins Lager der Nazis? Über die Erfolgsaussichten eines damals von Kommunisten geforderten und von Teilen der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsbasis zumindest erwarteten Generalstreiks als Antwort auf Hitlers Machtübernahme am 30. Januar 1933 sind in der Literatur inzwischen berechtigte Zweifel geäußert worden. Es müsse offen bleiben, so U. Borsdorf 1975 in seinem biographischen Abriss über Hans Böckler, "wer als Sieger aus einem blutigen Bürgerkrieg hervorgegangen wäre", oder "ob ein Generalstreik der Gewerkschaften in der gegebenen Lage, die ja durch hohe Arbeitslosenzahlen gekennzeichnet war, das Blatt hätte wenden können." Auch D. Brunner meinte 1992 zurecht, die Erfolgchancen eines Generalstreik seien damals noch ungewisser als zum Zeitpunkt des "Preußenschlags" im Juli 1932 und die Aktionsbereitschaft der Arbeitsmassen umstritten gewesen. "Auch die Schaffung einer Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten trotz der vorhandenen Einzelinitiativen angesichts der tiefen gegenseitigen Feindschaft der jeweiligen Parteiführungen und Funktionärsschichten letztlich wenig realistisch" gewesen. F. J. Furtwängler schrieb 1951 über die politische Situation im Februar 1933: "Wie sahen damals Leiparts Gewerkschaftsorganisationen aus? Eine politische und wirtschaftliche Krise, millionenfache Arbeitslosigkeit, reaktionäre Hugenbergpresse und betäubender Hitlerrummel hatten den Boden des Weimarstaates untergraben. Die neun Millionen freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter waren auf dreieinhalb zusammengeschmolzen. Die Arbeitslosen waren zur Reservetruppe der Naziformationen geworden... Leiparts Gewerkschaftsarmee dezimiert, war im Kern zerstört, bevor sie einen Kampf hätte wagen können." Leipart selbst begründete in seinem Manuskript 1945 das Ausbleiben des Aufrufs zum Generalstreik ähnlich. Am Tage der Machtübergabe an Hitler, dem 30. Januar 1933, warnten alle Richtungsgewerkschaften, an der Spitze der ADGB, ihre Mitglieder in einer kurzen Erklärung: "Die politische Lage hat sich in entscheidender Weise geändert. Das Schwergewicht der neuen Reichsregierung liegt bei Parteien und Gruppen, die bisher offen für soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind. Die Gefahr liegt nahe, daß sie jetzt ihre Pläne zu verwirklichen trachten... Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen die Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten." Am 31. Januar 1933 tagte der Bundesausschuß des ADGB. Theodor Leipart sprach zur politischen Lage. Die Arbeiterschaft werde, sagte er, "mehr als je auf ihre eigene Kraft angewiesen sein", und es bedürfe keiner Hervorhebung, daß die Gewerkschaften zu dieser Regierung in Opposition" stünden - "Das kann und wird sie nicht hindern, die Interessen der Arbeiterschaft auch gegenüber dieser Regierung zu vertreten. Die Gewerkschaften werden die Ansprüche der Arbeiter auf Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft mit genau der gleichen Entschiedenheit weiterverfechten wie seither. Organisation - nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde." Die Aussprache ergab, so der Bericht der Gewerkschafts-Zeitung vom 4. Februar 1933, "in eindrucksvoller Weise die einmütige Übereinstimmung aller Verbandsvertreter mit der Haltung, die der Bundesvorstand in diesen entscheidungsschweren Tagen eingenommen hat." Der Parteiausschuß der SPD gab an diesem Tag die Losung aus: "Bereit sein ist alles!" In Wesen und Konsequenz wies sie keinen Unterschied zu Gewerkschaftsparole "Organisation - nicht Demonstration" auf. Am 15. Februar wandte sich der Bundesvorstand des ADGB an seine Mitglieder mit einem Aufruf zur Reichswahl am 5. März. Ihm wohnte immer noch die seit dem 30. Januar gesetzte "Protestdiktion" inne. Gegen die Angriffe auf die sozialistisch orientierte Arbeiterbewegung hieß es: "Ihr glaubt keine schwarz-weiß-roten Märchen über den Marxismus."

Ihr wißt, was ihr der deutschen Arbeiterbewegung zu verdanken habt." Die Staatsgewalt dürfe nicht "jenen Mächten und politischen Gruppen ausgeliefert werden, die ihre Willkür an Stelle des rechtsschöpferischen Willens" setzen wollen. "Ihr wißt", hieß es, "in welcher Front ihr diesen Freiheitskampf führt. Ihr wißt, wem Ihr eure Stimme zu geben habt. Eure Entscheidung wird fallen für Volksherrschaft gegen Diktatur, für ein freies, sozialistisches Deutschland!" Unzweifelhaft ist, daß damals jeder Freigewerkschaftler wußte, welche Front gemeint war - die Eiserne, und wem die Stimme zu geben war - der SPD. Eine "Distanzierung von der SPD" erhalten diese Sätze nicht. In der Bundesausschußsitzung des ADGB am 28. Februar ging es um die politische Entwicklung in den letzten Wochen. "Die Aussprache ergab", heißt es in der protokollarischen Aufzeichnung "volle Übereinstimmung über die vom Bundesvorstand in der letzten Zeit befolgte Politik". Der Reichstagsbrand vom Tag zuvor wurde mit "Abscheu und Entrüstung" zurückgewiesen: "Die Gewerkschaften nehmen die deutsche organisierte Arbeiterschaft entschieden in Schutz gegen den Verdacht, daß einer aus ihren Reihen zu den Anstiftern des Attentats gehörte. Sie erblicken in der Brandstiftung nicht nur einen Anschlag gegen den Sitz des Parlaments, sondern auch einen Angriff gegen den Parlamentarismus überhaupt." Auch diese Erklärung enthält weder Anpassung an die Nazis noch Distanz zur SPD. Dem vermeintlichen "Abrücken von der SPD entsprach", so V. Ullrich, "eine schrittweis Annäherung an die NSDAP": Seit Anfang März sei die "Öffnung (frei)gewerkschaftlicher Politik nach rechts... zur strategischen Leitmaxime" geworden. Diese verleumderische These hält den Tatsachen nicht stand. Zunächst: Die Situation im Lande war vom zunehmenden SA-Terror gekennzeichnet. Hermann Schlimme schrieb 1945: "Bereits vor der Wahl Anfang März 1933 wurden in zahlreichen Orten Deutschlands die Gewerkschaftshäuser und -büros von der SA und ihrem Anhang gestürmt, Mobilar auf die Straße geworfen und die Büros geplündert. In Braunschweig führte die SA Gewerkschaftsfunktionäre zu den Richtstätten, prügelte einzelne zu Tode, und ein Angestellter des Eisenbahnverbandes wurde aus dem 3. Stock des Hauses heruntergeworfen. Alle beim Bundesvorstand des ADGB einlaufenden Meldungen über Terrorakte, die teilweise durch fotografische Aufnahmen belegt waren, sind dem Reichsjustizminister und anderen Mitgliedern der Reichsregierung zugeleitet worden mit dem dringenden Ersuchen, sich für Recht und Gesetz einzusetzen. Zahlreiche Besuche der Kollegen Graßmann und Eggert (beide verstorben) bei dem stellvertretenden Reichskanzler von Papen und anderen Mitgliedern der Reichsregierung brachten keine Änderung." Seit Anfang März - nach den Reichswahlen Anfang März - wurde der Terror der SA gegen die Gewerkschaften noch verstärkt. Die führenden ADGB-Gewerkschaftler hofften zu jener Zeit noch auf das baldige Abwirtschaften der Nazis und glaubten wohl auch noch im März und bis Anfang April, daß Hindenburg als Reichspräsident die verfassungsmäßigen Rechte der Gewerkschaften schützen würde. Am 10. März wandte sich der Bundesvorstand des ADGB unter Verweis auf Terrorakte gegen politisch Andersdenkende und die Zerstörung des Eigentums der Gewerkschaften mit dem Appell an Hindenburg, "der Rechtsunsicherheit Halt zu gebieten, die in zahlreichen deutschen Städten Leben und Eigentum der deutschen Arbeiter bedroht". Hermann Schlimme schrieb in gleicher Angelegenheit im Namen des Bundesvorstandes am 15. März an Reichsminister Frick und am 5. April wieder an Hindenburg. In diesem letzten Brief wurden mit Datum und Ortsangabe Namen von Betroffenen, die Opfer der Terrorakte der SA wurden, mitgeteilt. Parallel zu diesen, immer noch auf "Verfassung und Recht" gestützten, Appellen erfolgte - im Gefolge der "durch die Reichstagswahl geschaffenen Veränderungen des Staatsgefüges" - die Wende des ADGB zur Anpassung an die neuen Gegebenheiten. Dafür steht die Erklärung seines Vorstandes vom 21. März. Im Auftrag des Bundesvorstandes übersandte Leipart die Erklärung am gleichen Tag mit einem Anschreiben an Hitler. H. Schlimme dazu 1945: "Nachdem alle Möglichkeiten aktiveren Vorgehens verloren waren, kam man angesichts der antidemokratischen Einstellung der deutschen Wähler nur zu dem Entschluß, in einer Erklärung an Hitler die Aufrechterhaltung der Demokratie zu fordern." Die traditionellen Vorstellungen von der Selbständigkeit der Gewerkschaften als Tarifpartner bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen verbinden sich in der Erklärung mit dem Versuch, den Platz der Gewerkschaften in dem nunmehr "neuen Staat" neu zu bestimmen. In der Erklärung heißt es noch: Die Gewerkschaften seien ein unerläßlicher Bestandteil der sozialen Ordnung und die Tarifgemeinschaften ein Beweis dafür, daß sie von dem Willen geleitet seien, die Vertretung der Arbeiterinteressen in freier Vereinbarung mit den Unternehmern wahrzunehmen. "Eine wahre Gewerkschaft

kann sich aber nur freiwilligen Zusammenschluß der Mitglieder gründen, sie muß von den Unternehmern und ebenso von politischen Parteien unabhängig sein." Und zugleich wird die Bereitschaft ausgesprochen, eine "staatliche Aufsicht" über die "Gemeinschaftsarbeit der freien Organisationen der Wirtschaft" (der Gewerkschaften und der Unternehmer) zu akzeptieren und "auf die Politik des Staates unmittelbar" nicht einwirken zu wollen. Das kann in der Tat als ein Signal für die Bereitschaft des ADGB (seiner gesamten Führungsorgane und wohl des absolut überwiegenden Teils seiner Führungskräfte, nicht etwa Leiparts allein) gewertet werden, "loyal im Rahmen der neuen Ordnung mitzuarbeiten". Aber gerade gegen die Einmischung des Staates in die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und für das Einwirken der Gewerkschaften auf den Staat hatte sich Leipart immer gewandt! Es muß deshalb angenommen werden, daß die "Bereitschaftserklärung" vom 21. März und ihr konkreter Inhalt nicht in erster Linie Leiparts Initiative entsprungen, sondern eher das Werk der "Jungen" im Bundesvorstand war. Diese vertraten zu jener Zeit in der Gewerkschafts-Zeitung auch sonst Positionen, die in der Tat eine Unterwerfung unter Nazi-Ideologie bedeuteten, und sie agierten ja schon vorher im Sinne der Einordnung der Gewerkschaften in den autoritären Staat der beginnenden dreißiger Jahre. D. Brunner, der sich mit der Materie eingehend befaßt hat, schreibt definitiv: Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler nahmen "die im Bundesbüro angestellten jüngeren Funktionäre... in dieser Zeit eine herausragende Rolle ein. Sie lieferten die definitiven und ideologischen Grundlagen über den Charakter und die Aufgaben der Gewerkschaften, auf die der ADGB nun aufbaute. In den ADGB-Organen standen sie publizistisch im Vordergrund." Furtwängler - einer der "Jungen" - schrieb später (1951) als Mitarbeiter Leiparts und Zeitzeuge: "Zu Unrecht hat man Theodor Leipart... die Verantwortung für ein `Versagen der Gewerkschaften im Jahre 1933` beimessen wollen." Ähnlich hatte sich nach Leiparts Tod Fritz Tarnow, auch ein Mitstreiter und Zeitzeuge, geäußert: Leiparts Name sei nur noch mit dem 1. Mai 1933 verbunden worden, und "großzügig übergang man, daß der `Leipart-Kurs` tatsächlich von der ganzen Gewerkschaftsführung (inclusive der Bezirkssekretäre) mitgetragen worden war."

Um "ihre Bereitschaft,... loyal im Rahmen der neuen Ordnung mitzuarbeiten", "glaubhaft zu demonstrieren", schreibt V. Ullrich, wurde (von der Führung des ADGB; im Satz davor war von der Anbiederung Leiparts bei Hitler die Rede) "ein erstes personelles Opfer gebracht: Am 28. März trat Siegfried Aufhäuser, der als linker Sozialdemokrat und Jude besonderen Angriffen ausgesetzt war, von seinem Amt als Vorsitzender der gewerkschaftlichen Angestelltenorganisation, des AfA-Bundes zurück." Auch das wurde in der Literatur Leipart persönlich angelastet. Helga Grebing schrieb 1983: Siegfried Aufhäuser war "zurückgetreten, woran ihn Leipart nicht gehindert hatte, weil(!) nun der Weg `endlich frei schien für eine saubere Sonderlösung der Gewerkschaftsfrage` - so überliefert bei Beier, Lehrstück..." Bei Gerhard Beier heißt es aber: "...bot Aufhäuser Ende März seinen Rücktritt an. Leipart hinderte ihn nicht. Nun schien der Weg endlich frei, für eine `saubere Sonderlösung`, der Gewerkschaftsfrage." Zeitzeuge Fritz Tarnow beschrieb 1949 diesen Vorgang so: "Es war einige Wochen vor dem 2. Mai - die letzten Illusionen über das, was kommen würde, waren schon verblaßt -, als Leipart in der Bundesvorstandssitzung über die Unterredung mit einem führenden Gewerkschaftler des AfA-Bundes berichtete, der ihn davon in Kenntnis gesetzt habe, daß er von seiner Stellung zurückgetreten sei. Leipart schloß mit der Frage an den Bundesvorstand, ob etwa der Wunsch nach einer Aussprache bestünde, ob es auch für uns ratsam sei, eine solche Konsequenz zu ziehen. Noch bevor jemand anders sich dazu äußern konnte, erklärte Leipart: "Ich bin der Meinung, daß der Kapitän nur als letzter das sinkende Schiff verlassen darf." Am 5. April tagte wiederum der ADGB-Bundesausschuß und beriet über Lage und Aufgabe der Gewerkschaften. Leipart sprach einleitend, heißt es im kurzen Bericht der GZ vom 15. April 1933, über die Entwicklung der letzten Wochen und die Maßnahmen des Bundesvorstandes; es bestünde noch keine Klarheit über die künftige Rolle der Gewerkschaften - und er erinnerte an die Erklärung vom 21. März, in der der Bundesvorstand den Regierungsstellen zu erkennen gegeben habe, "daß es nur eine Richtschnur seines Handelns kennt, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes zu fördern". Er ging auf den Terror gegenüber den Gewerkschaften ein und verwies auf die Appelle "an die zuständigen Stellen". Im GZ-Bericht folgt ein "national" gehaltener Absatz über den "Wert (der) nationalen Erziehungsarbeit" der Gewerkschaften "für die innere Geschlossenheit der

Nation". Eine Entschließung wurde hier, dem Bericht nach, nicht angenommen, aber ein Entschließungsentwurf vom 4. April ist - mit dem Diktatzeichen Leiparts - überliefert. Während der erste Teil der von der GZ wiedergegebenen Ausführungen Leiparts mit diesem Entwurf - weitgehend wörtlich - übereinstimmt, fehlt darin der zweite - "national getönte"- Teil. Dafür heißt: Die bisherige Haltung des ADGB "in allen nationalen und wirtschaftlichen Fragen" habe ihn "legitimiert, von jeder Regierung zu erwarten, daß die berechtigten Wünsche nach Selbstverwaltung im Rahmen staatlicher und gesetzlicher Funktionen gewahrt bleiben." Die Mitglieder wurden aufgefordert, "stärker denn je unbedingte Treue und Disziplin" zu halten. Eine "Selbstaufgabe" des ADGB ist diesen Worten nicht abzulesen, eher die Illusion (oder Hoffnung?), die Selbständigkeit der Gewerkschaften im "neuen Staat" aufrechterhalten zu können. In der Diskussion ging es aber, dem Bericht der GZ zufolge schon um "eine Vereinheitlichung des deutschen Gewerkschaftswesens", woran der ADGB bereitwillig mitwirken würde, da "er selbst schon in früherer Zeit wie auch in den letzten Jahren dahingehende Bestrebungen unterstützt und selbst angeregt" hätte, - ein Echo auf die inzwischen einsetzenden, von Anton Erkelenz am 1. April ausgegangenen und beim ADGB von Wilhelm Leuschner vorangetriebenen Bemühungen. Zum Schluß heißt es im Bericht: "Der Bundesausschuß sprach dem Bundesvorstand einmütig das Vertrauen aus und beauftragte ihn, seine Bemühungen fortzusetzen, das Lebensrecht der Gewerkschaften auch in dem neuen Staat zu wahren, weil es im Interesse der Arbeiterschaft und des ganzen Volkes eine soziale Notwendigkeit ist." Die These von der "Selbstaufgabe", auch und gerade auf Leipart persönlich bezogen, stützt V. Ullrich, indem er auf Besprechung der ADGB-Repräsentanten - Th. Leipart, W. Eggert, P. Graßmann und W. Leuschner - mit Vertretern der Nazi-Betriebsorganisation (NSBO) am 13. April 1933 verweist und schreibt: "Noch am 13. April verhandelten NSBO und ADGB über eine künftige gemeinsame Organisationsform." Das ist, höflich ausgedrückt, die glatte Unwahrheit, kürzer und genauer: eine Lüge. Die Protokollnotiz über diese Besprechung, auf die sich Ullrich bezieht, liegt vor und ist nachzulesen: Leipart blieb in seinem Verhalten gegenüber den Nazis konsequent und ablehnend und war nicht bereit, freiwillig vom Vorsitz des ADGB zurückzutreten. In dem Manuskript über die Vorgänge vom Frühjahr 1933 berichtete er: Die Nazibonzen meinten, die Gewerkschaften müßten aufrechterhalten werden, aber es seien personelle Veränderungen nötig - ein Nazi sollte die Leitung des Bundes übernehmen und Leipart dafür freiwillig den Platz räumen. - "Ich selber hätte lange genug gearbeitet und dafür jetzt den Ruhestand mit einer angemessenen Pension wohl verdient." Laut zeitgenössischer Protokollnotiz vom 13. April über diese Besprechung sagte Leipart den NSBO-Leuten: "Sie wissen, daß wir alle Sozialdemokraten sind, die ein Leben lang gekämpft und gelitten haben. Wir stehen zu unseren seitherigen Auffassungen. Ihre Partei hat in der letzten Zeit ehrliche Kämpfer aus unseren Reihen öffentlich herabgewürdigt und diffamiert... Sorgen Sie dafür, daß nun endlich zahlreiche Überfälle auf unsere Mitglieder unterbleiben, die drangsaliert, mißhandelt, zu Tode geprügelt werden... Sie haben unser Eigentum zerstört. Noch heute sind 43 Gewerkschaftshäuser besetzt und damit die Gewerkschaften an der Ausübung ihrer sozialpolitischen Arbeit gehindert. Sie haben die Absicht, nun auch noch die Gewerkschaften zu zerschlagen. Wenn Adolf Hitler seine erste Rede an das deutsche Volk nach der Regierungsübernahme als Reichskanzler und nicht als Parteimann gehalten hätte und wenn die nationalistischen Minister, besonders Herr Göring, weniger zur Gewalt aufgefordert hätten, dann hätten die Gewerkschaften auch zu dieser Regierung gestanden. Wir müssen es ablehnen, Verräter unserer Sache zu sein, denn es ist unser Lebenswerk..." Leuschner erklärte zum Schluß: "An Ihrem Vorschlag interessiert uns die Einheitsgewerkschaft und Ihre Erklärung, die Gewerkschaften nicht zerschlagen zu wollen. Ob daraus etwas wird, hängt davon ab, ob Sie großzügig sein werden. Jede Unduldsamkeit und jeder Zwang müßte(n) das Gegenteil erreichen." Die Verhandlung wurde ohne Ergebnis abgebrochen. Von einer "Selbstaufgabe" am 13. April 1933 kann keine Rede sein. G. Beier schreibt zum Ergebnis dieser Besprechung: "Offenbar hatten Leipart und Leuschner sich nicht kompromißbereit genug gezeigt. In einer Führerkonferenz der NSDAP in den folgenden Ostertagen kam es zur definitiven Entscheidung über das Schicksal der Gewerkschaften... Der Reichsorganisationsleiter, Ley, wurde beauftragt, die Freien Gewerkschaften zu zerschlagen." Am 22. April veröffentlichte die Gewerkschafts-Zeitung den Aufruf des Bundesvorstandes vom 15. April zum 1. Mai. Er stellte eine Mischung dar zwischen dem "alten" freigewerkschaftlichen 1.-Mai-Gedanken, der verbunden war mit dem Kampf um den gesetzlichen

Achtstundentag und "das Recht auf menschenwürdige Existenz", - und dem "neuen Ideengut", in dem statt Solidarität vom "hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewußtsein, Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgeist" die Rede war. In derselben Ausgabe der GZ wurde - unmittelbar nach dem Aufruf - der Beschluß des Bundesausschusses vom 19. April abgedruckt, der die Gewerkschaftsmitglieder aufforderte, "sich allerorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen" (am 10. April war der 1. Mai zum "Feiertag der nationalen Arbeit" erklärt worden). Der Beschluß vom 19. April erklärte Leipart 1945 mit der Sorge, die freien Gewerkschaftler würden im Falle der Nichtteilnahme verstärkten Terrorangriffen der Nazis ausgesetzt sein. Archivalische Aktenstücke bestätigen, daß die Sorge nicht unbegründet war. War diese Anpassung einem "Leipart-Kurs" geschuldet? War es Leipart, der den Kurs inhaltlich bestimmte? Zunächst einmal: Es war der Kurs der gesamten ADGB-Führung, des Bundesvorstandes, W. Leuschner und H. Schlimme (an anderen Orten H. Böckler und W. Richter) eingeschlossen, wie auch des Bundesausschusses, der die Einzelverbände vertrat. Das weisen alle Dokumente vom Februar-April 1933 aus. Ihr Hauptgesichtspunkt war, einen Bürgerkrieg zu vermeiden - ein Generalstreik hätte unter den gegebenen Umständen Bürgerkrieg bedeutet oder wäre gleich im Blut erstickt worden, wie der Nazi-Terror schon im Februar und dann besonders im März gezeigt hatte. Eine Chance zur geschlossenen außerparlamentarischen Aktion bestand eventuell noch im Februar, aber sie wurde nicht zuletzt durch den Krieg in der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung verhindert. Irritierend wirkte auf die deutschen antifaschistischen Kräfte die völlige Passivität des Auslandes gegenüber Hitlers Machtübernahme. Der "nationale", schon weitgehend nationalsozialistische Kurs wurde im ADGB nicht von Leipart, sondern von den "Jungen" um L. Erdmann, F.J. Furwängler, W. Pahl u. a. gefahren. Das wurde besonders eingehend von D. Brunner nachgewiesen und von P. Scherer ergänzt. Folgt man den Auskünften von Gerhard Bries über Wilhelm Leuschners Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender des ADGB im März/April 1933, so muß der ADGB-Kurs jener Wochen der "Leuschner-Kurs" genannt werden. W. Leuschner war im November 1932 in den Bundesvorstand kooptiert und zum stellvertretenden Vorsitzenden bestimmt worden. "Praktisch bildeten Leuschner und der zweite Stellvertreter, Hermann Schlimme (Jahrgang 1882), ab November 1932 das Führungsduo im Bundesvorstand des ADGB." Seit März war Leuschner aktiv im Bundesvorstand tätig. Ab März (bis dahin war er noch hessischer Innenminister) nahm er an Beratungen des Bundesvorsatndes teil und war intensiv für diesen, im April auch und besonders für die Zusammenführung der drei Richtungsgewerkschaften, tätig. Auch an der Beratung mit Vertretern der NSBO am 13. April hatte er teilgenommen. "Zu diesem Zeitpunkt", schreibt Hans Mommsen, "war Leuschner noch bereit, den Gedanken einer staatlich sanktionierten Einheitsgewerkschaft zu prüfen, allerdings unter der Bedingung, daß die sich häufenden Übergriffe gegen freie und christliche Gewerkschaftler und die Besetzung von Gewerkschaftshäusern und die Beschlagnahme von Gewerkschaftseigentum sofort unterbunden würden." Das war der - von Leipart mitgetragene - "Leuschner-Kurs". "Sein klares Ziel", so G. Beier, "war die Schaffung der gewerkschaftlichen Einheit, sei es mit den oder gegen die Nationalsozialisten." Insofern war er ganz sicher am 1.-Mai-Aufruf und dem Beschluß vom 19. April mitbeteiligt; bei den Fusionsverhandlungen, die zur Vereinbarung des "Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften" vom 28. April 1933 führten, hatte "Leuschner die Verhandlungsführung (übernommen)". Es braucht also nicht "nachträglich zu überraschen, daß Wilhelm Leuschner die bis Anfang Mai 1933 verfolgte Politik der Anpassung der Freien Gewerkschaften an die veränderten Kräfteverhältnisse jedenfalls nicht nach außen hin bekämpft hat" - er hat diese Politik konzipiert und getragen, es war "sein Kurs". Mommsen ist zu folgen, wenn er weiter schreibt, Leuschner hielt es "für geboten, die allerdings äus-serst geringen Chancen, den organisatorischen Fortbestand der Gewerkschaftsapparate durch Konzessionen an das neue Regime zu gewährleisten, zumal zunächst allgemein die Auffassung überwog, daß sich Hitler nach wenigen Monaten politisch abnutzen und dann eine offene politische Situation eintreffen werde, in der die Gewerkschaften ihr machtpolitisches Gewicht einsetzen können." Etwas anderes kann auch Leipart nicht gewollt haben. Er war mit Leuschner befreundet, er hatte ihn als Nachfolger gesehen, sie haben in den Monaten März/April Seite an Seite gestanden. Nach dem 2. Mai 1933 riet Wilhelm Leuschner dem ADGB-Funktionär Karl Debus, der nunmehr DAF-Funktionär wurde, auf die Frage "Was tun?" - "Ruhig bleiben - über kurz oder lang bricht das Nazi-Regime zusammen." Leuschners



taktische Linie 1933 und danach sei es gewesen: In den gleichgeschalteten Verbänden so lange es geht auszuhalten, um im Moment des (von ihm erwarteten) Robert-Ley-Sturzes da zu sein. Dies sei, so G. Beier, "gleichsam die letzte Phase des Leipart-Kurses" (Leipart-Kurses? Leuschner-Kurses!) gewesen, wo "nationale Orientierung und Anpassung an den neuen Staat in Widerstand gegen das Unrechtsregime umschlagen sollten". Es ist Potthoff zuzustimmen, wenn er meint, daß mit der Kategorie "Verrat" das damalige Verhalten der Gewerkschaftler um Leipart (und Leuschner) nicht zu erfassen sei. Sie verkannten den wahren Charakter der Nazi-Bewegung und nährten zu lange die illusionäre Hoffnung, die Gewerkschaften könnten, wenn auch mit Einschränkungen, das NS-Regime überdauern. "Was davon abhält", schrieb 1975 H. Skrzypczak, "die verantwortlichen Führer wegen ihres Verhaltens in der Anpassungsphase mit dem Verdikt des Verrates zu belegen, ist einerseits die Lauterkeit ihrer Motive". Und "... es ist auch eine methodologische Einsicht, die dagegen Einspruch erheben läßt... Kein geringerer als Friedrich Engels hat diese Erkenntnis, die sich in gleicher Weise gegen den Gebrauch des Terminus 'Versagen' richtet, auf die frühe Formel gebracht: ... wenn man... nach den Ursachen der Erfolge der Konterrevolution forscht, so erhält man von allen Seiten die bequeme Antwort, Herr X oder Herr Y habe das Volk 'verraten'. Diese Antwort mag zutreffen oder nicht, je nach Umständen, aber unter keinen Umständen erklärt sie auch nur das geringste, ja sie macht nicht einmal verständlich, wie es kam, daß das 'Volk' sich derart verraten läßt."

### **Im gewerkschaftlichen Widerstand 1933-1945**

Ulrich Borsdorf meint, im Widerstand gegen die Nazis sei Leipart nicht hervorgetreten. G. Beier schreibt in seiner Arbeit über illegale Reichsleitung der Gewerkschaften: Nach dem 2. Mai 1933, als die Gewerkschaftshäuser gestürmt und die Vorstände der freien Gewerkschaften, auch Leipart, verhaftet wurden, habe sich gezeigt, daß "Theodor Leipart den Strapazen weder körperlich noch seelisch gewachsen war"; und an anderer Stelle: "Der Drechsler Theodor Leipart lebte in weitgehender Zurückgezogenheit. Er war zu bekannt, um erfolgreich konspirieren zu können, zu alt und zu krank, um den Kampf offen zu wagen. Allenfalls hielt er nachbarschaftliche Verbindungen zu Erkelenz, Kaiser, Schlimme, Leuschner. "Im Holzarbeiter Buch" heißt es ähnlich: Leipart sei "zu alt, zu krank, auch zu bekannt (gewesen), um sich aktiv zu beteiligen." Dagegen weisen mehrere Dokumente aus, daß Leipart engere und aktivere Verbindungen zum Kreis um W. Leuschner, H. Schlimme und J. Kaiser hatte als bisher angenommen wurde. Dafür, daß Leipart nach dem 2. Mai 1933 - jedenfalls seelisch - ungeboren war, spricht zumindest zweierlei. Zum einen sein Verhalten nach der Verhaftung, das ein Zeitzeuge so beschrieb: "Leiparts persönlicher Mut stand außer Frage. Ich habe seinen Aufenthalt in einer der nazistischen Folterhöhlen von 1933 (in der Berliner Parochialstraße) geteilt. SA-Häuptlinge bedrohten ihn zu viert mit entscherten Pistolen, um ihm Angaben über den Aufenthalt des Reichsbannerführers Höltermann abzapressen. Trotzig brüllte der alte Mann die Henkersknechte an und und landete schließlich zusammengebrochen im Staatskrankenhaus." Zum anderen wehrte er sich mit juristischen Mitteln gegen den Vorwurf der Untreue, nachdem er am 9. Mai 1933 "gegen Leipart und Genossen" ein "Ermittlungsverfahren wegen Untreue" eingeleitet worden war. Er konnte sich nicht durchsetzen, wurde aber auch nicht angeklagt. Leipart nahm in der Tat (ein kranker Mann im siebenten bzw. achten Lebensjahrzehnt) nicht in der Art eines Wilhelm Leuschners (1890-1944) und eines Hermann Schlimme (1882-1955), beide vom ADGB, oder eines Jakob Kaiser (1888-1958) von den christlichen Gewerkschaften am aktiven Widerstand teil. Gemessen an den - zuletzt von Michael Schneider (1955) zusammengefaßten - Merkmalen des gewerkschaftlichen Widerstandes kann er aber sehr wohl in dessen Reihen eingeordnet werden: Er wird zwar nicht "auf illegalem Wege Informationen über die Situation in den Betrieben" gesammelt und verbreitet, nicht "Kontakt zwischen Widerstandsgruppen im Reich und im Exil" gehalten, auch nicht politische Aufklärung über nazistische System betrieben haben; aber er war an dem Versuch beteiligt, "den persönlichen Zusammenhalt oppositioneller Gewerkschaftler aufrechtzuerhalten" und "Vorbereitungen für die Zeit danach zu treffen", blieb im "Wartestand". Er hatte illegale Kontakte zu den genannten drei Persönlichkeiten und nahm an Beratungen mit ihnen über den zukünftigen Aufbau der Gewerkschaften teil. Eines der frühen Zeugnisse liefert G. Beier in der von ihm zusammengestellten Zeittafel

des gewerkschaftlichen Widerstandes: "20. Juni 1934: Der Gestapo-Spitzel 'Go 1' berichtet seiner Behörde über intensive Kontakte zwischen Reichsbannerleuten, Sozialdemokraten, christlichen und sozialen Gewerkschaften, insbesondere Schlimme, Jahn, Scharfschwerdt, Kaiser, Scheffel, Leipart, Urich, später auch Gottfurcht und Waschow." Daß es um sie Mitte der 30er Jahre intensive Gruppenkontakte unter den Gewerkschaftlern gab, bestätigt eine Mitteilung von Gottfurcht an Gerhard Beier: Ca. 1936 war Hans Gottfurcht auf einer Reise in Neubrandenburg. Im Hotel stand auf der Anzeigetafel: "Staatsminister a. D. Theodor Leipart und Gattin". Gottfurcht und Leipart nutzten das zufällige Zusammentreffen, um etwa eine halbe Stunde miteinander zu sprechen und sich über das Funktionieren ihrer Gruppen zu verständigen, die ja sonst nicht in Kontakt miteinander trafen. Von Kontakten zu Walter Maschke, dessen aktive Teilnahme am gewerkschaftlichen Widerstand in der Literatur bisher nicht beachtet wurde, aber dokumentarisch belegt ist, zeugt das in dessen Nachlaß aufbewahrte Original des Briefes von Theodor Leipart vom 4. Oktober 1941 zum 50. Geburtstag Maschkes am 6. Oktober 1941, also nach dessen zweimaliger längerer Inhaftierung, in dem es u. a. heißt: "Ich drücke Dir in Freundschaft die Hände und wünsche Dir neben guter Gesundheit noch recht viel Lebensfreude und soviel Glück, als notwendig ist, all das Ungemach, das die letzten Jahre über Dich und Deine Frau (sie war ebenfalls mehrfach inhaftiert - U. P.) gebracht haben, wieder auszugleichen." In einem Brief an Wilhelm Keil teilt Leipart am 18. Mai 1944 u. a. mit, daß zu seiner Geburtstagsfeier (er war am Tage zuvor 77 Jahre alt geworden) u. a. Wilhelm Leuschner anwesend war. Am 12. September 1944 schreibt Leipart an Hermann Schlimme zu dessen 62. Geburtstag: "Ich habe versäumt, mir Deine Adresse in Rudow zu notieren, hoffe aber, daß mein Brief Dich erreichen wird. Es hat sich viel ereignet, seit wir uns zuletzt gesehen haben, und ich bin in Sorge um dich, wenn womöglich, bald wieder mal bei uns sehen." Der Brief hatte Schlimme also nicht auf dem Postwege erreicht - und Leipart wußte um die Verhaftung in Gewerkschaftskreisen nach dem 20. Juli 1944, um die Gründe dafür und um H. Schlimmes Teilhabe an der Vorgeschichte. Daß es sich in jener Zeit nicht nur um harmlose Geburtstagsfeiern und -schreiben handelte, sondern darüber hinaus auch konzeptionelle Beratungen stattfanden, an denen Leipart teilgenommen hatte, erfahren wir aus seinen Briefen aus dem Jahre 1946: "In den Kreisen der Gewerkschaften ist der Wille zur Einheitsorganisation zuerst aufgetreten. Schon vor Jahren waren Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser mit mir darüber einig, daß nach dem Hitlerterror und nach den Verwüstungen durch den Krieg für politisch und weltanschaulich getrennte Gewerkschaften kein Platz mehr sein dürfe, sondern zur Bewältigung der ungeheuer großen Aufgaben die Einheit das Gebot der Stunde sei ..." Dieser Brief wurde am 12. April 1946 in der "Deutschen Volkszeitung", Berlin veröffentlicht. Jakob Kaiser, der zu jener Zeit in Berlin politisch aktiv war, dementierte ihn nicht; ja er gehörte damals neben H. Schlimme zu jenen wenigen, die Leipart besuchten und sich um ihn kümmerten. In einem Brief an W. Keil vom 6. Juni 1946 schrieb Leipart, er sein zu dem "Brief an Herrn Schlimme in der Einheitsfrage auch nur von diesem veranlaßt worden", seine positive Meinung zur Einheitsfrage, auch der politischen Einheit, habe aber "schon vorher völlig fest" gestanden, und er teilte weiter - ganz nebenbei, privat und nicht für die Veröffentlichung bestimmt - mit: "Während des Krieges und besonders in der Zeit vor dem 20. Juli, (haben) wir in kleinen Kreisen auch in meinem Hause die Maßnahmen beraten ..., die nach Beseitigung des Hitlerterrors getroffen werden müßten ..." In der im faschistischen Reichssicherheitshauptamt aufgrund von Aussagen der nach dem 20. Juli 1944 verhafteten Gewerkschafter zusammengestellten Liste der Gewerkschaftsfunktionäre, "an deren Verwendung gedacht war" beim Wiederaufbau der neuen Gewerkschaften, findet sich auch Leiparts Name. Im Kaltenbrunner-Bericht vom 23. September 1944 hieß es aufgrund der Aussagen von Wilhelm Leuschner: "Es war vorgesehen, in der Deutschen Gewerkschaft die früheren Spitzenfunktionäre Leipart und Brandes zu Ehrenvorsitzenden zu machen. Leuschner fühlte sich als Nachfolger von Leipart, der inzwischen 79 Jahre alt ist ..." Aus den angeführten Dokumenten kann zumindest zweierlei geschlossen werden: Nicht anders als Hans Böckler (1875-1951) und Willi Richter (1894-1972) folgte Leipart der sozialdemokratischen, von Wilhelm Leuschner in den dreißiger Jahren vertretenen Linie des "Überwinterns" und des "verschwiegenen Widerstands" (G. Beier); in den vierziger Jahren pflegte er direkte Kontakte zu führenden Persönlichkeiten des gewerkschaftlichen Widerstandes, beteiligte sich in den Kriegsjahren an konzeptionellen Beratungen über die spätere Gewerkschaftseinheit.

## Leipart und die SED-Gründung 1946

Für eine aktive politische Rolle nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus war Theodor Leipart - wie auch schon für den aktiven Widerstand gegen diesen - zu alt und zu krank. Kommunisten, die nunmehr in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin zumindest in dessen Osten, das Sagen hatten, bekundeten ihm gegenüber zunächst kein Interesse. Walter Ulbricht berichtete am 23. Mai 1945 an Georgi Dimitroff nach Moskau über Kontakte zu Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Gewerkschaftlern, darunter zu Hermann Schlimme, und meinte: "Anscheinend haben Besprechungen zwischen Schlimme und Leipart stattgefunden. Man muß den ganzen Schlag gegen Leipart führen. Dieser ist alt und krank." Im Gründungsentwurf für den FDGB, den die Kommunisten gleich nach dem 10. Juni 1945 (dem Tag, da aufgrund des Befehls der SMAD politische Parteien und Gewerkschaften in der SBZ zugelassen wurden) vorlegten, ging es "um einen Angriff gegen die alte ADGB-Führung und namentlich um Theodor Leipart." Dagegen haben sich H. Schlimme und B. Göring gewandt, und sie bewirkten, daß in dem Aufruf auf die "direkte Selbstkritik" und Leiparts Namen verzichtet wurde. Möglicherweise wurde - seit die KPD-Führung Ende September 1945 die Vereinigung mit der SPD zu forcieren begann - deshalb davon Abstand genommen, Leiparts Namen unter den "SPD-Schuldigen" für Hitlers Machtantritt 1933 neben Severing und anderen zu nennen. Vielleicht einigte man sich später, nachdem der Vereinigungsprozeß im Dezember/Januar in Schwung gekommen war, darauf, lieber gar nicht von ihm zu sprechen? In einem Leipart betreffenden Brief an den Zehlendorfer Bürgermeister vom 30. Januar 1946 bat Schlimme jedenfalls, "einem Mann in der Not zu helfen, von dem aus politischen Gründen öffentlich nicht gesprochen oder geschrieben werden darf". Als sich die SPD in Berlin im Mai/Juni 1945 sammelte, wurde Leipart dagegen - neben anderen "Prominenten höhern Alters, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage waren, dabei zu sein" - aufgesucht und um Rat gefragt. Karl Germer jr. besuchte Leipart am 17. Mai 1945 in dessen Wohnung in Zehlendorf und hatte als "Wichtigstes" - so K. Germer zu H. Schlimme - von ihm die Adresse von Jakob Kaiser in Wilmersdorf erhalten. Leipart selbst meldete sich bei Otto Grotewohl nach dessen Rede im Schöneberger Rathaus Ende Mai 1945, die vom Rundfunk übertragen worden war. Offensichtlich waren es Hermann Schlimme und Jakob Kaiser, die "von der ersten Stunde an", also schon im Mai, in Sachen Neuaufbau der Gewerkschaften und Gewerkschaftseinheit Theodor Leiparts Rat suchten und ihn zu Gesprächen heranzogen - wie schon Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser vor dem 20. Juli 1944. In den Briefen an W. Keil kommt Leipart immer wieder auf das Stichwort Gewerkschaften zurück. Am 24. September 1945 schreibt er: "Über die neuen Gewerkschaften wäre manches zu berichten, nicht alles erfreulich. Die Parität mit den Kommunisten! Mein Name ist verpönt, wer ihn nennt, ist schon verdächtig." Dann am 3. Januar 1946: "Ich habe bei der Vorbereitung der Neugründung der Gewerkschaften mit einigen Freunden, besonders mit Jakob Kaiser von den christl. etwas mitberaten... Die Kommunisten haben aber vieles anders gemacht, und die Karre läuft im ganzen anders, als es unsere Absicht gewesen. Die paar Genossen von uns in der Leitung haben nicht das Zeug, sich durchzusetzen, keiner hat den Mut, einmal auf den Tisch zu schlagen. Mein Name darf nicht genannt werden, weil ich den "schwärzesten Tag", den 1. Mai 1933, verschuldet haben soll... Aber Einheitsfront trotz alledem! An sich auch richtig jetzt, aber man soll nicht alles schlucken, sondern auch und kräftig auf den Tisch schlagen und für Respekt sorgen. Daran fehlt es." Hermann Schlimme besuchte Leipart am 28. Januar 1946, "um einige wichtige Gewerkschaftsangelegenheiten mit ihm zu besprechen". Vom 9. bis 11. Februar 1946 fand dann in Berlin der Gründungskongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) für die sowjetische Besatzungszone statt. Das war schon in der Phase der organisatorischen Verschmelzung der KPD und der SPD. Noch am 1. April 1946 beschwerte sich Leipart bei Keil: "Über die traurigen Streitereien in unserer Partei will ich mich nicht weiter auslassen. Man läßt mich völlig abseits stehen, alle fürchten anscheinend, meinen Namen zu nennen, wegen der Reaktion der Kommunisten. Als wenn gerade ich den K. so wehe getan hätte." Und dann greift er - von Hermann Schlimme dazu aufgefordert - gegen Ende des Vereinigungsprozesses öffentlich in diesen ein: Am 12. April 1946, also neun Tage vor dem Vereinigungsparteitag, veröffentlicht die (kommunistische) Deutsche Volkszeitung seinen an Schlimme

gerichteten Brief vom 10. April 1946, in dem er sich für die Einheitspartei ausspricht: "Ich (habe) vom ersten Tag an die Einigung für notwendig gehalten und diesen Standpunkt in meinem Bekanntenkreise auch vertreten." Am 13. April erklärt er in einem Radiointerview auf die Frage des Reporters nach den Gründen für gegensätzliche Meinungen in der SPD zur Einheit in Berlin (und greift dabei weit in das 19. Jahrhundert zurück!): "Die Art und Weise, wie man jetzt seitens einer Minderheit gegen den Zentralausschuß (der SPD in der SBZ) kämpft, hat viel Ähnlichkeit mit den Vorgängen aus jener Zeit, als der Streik zwischen den in Berlin dominierenden Lokalistern und Zentralisten in den Gewerkschaften existierte. Ich stehe natürlich als alter Zentralist zu unserem Zentralausschuß, der eine Haltung an den Tag legt, die nach meiner Meinung den Interessen der deutschen Arbeiterschaft dient." Deshalb habe er sich nicht an der von Westberlin aus in der Berliner SPD am 31. März 1946 durchgeführten Urabstimmung über die Vereinigung der SPD mit der KPD beteiligt, "obwohl die Genossen versuchten, bei mir in der Wohnung den ausgefüllten Stimmzettel abzuholen." An den Parteitag der SPD in Berlin am 19. und 20. April 1946, der die Vereinigung beschloß, sendet er ein Grußschreiben. Nach dem Vereinigungsparteitag (21./22. April 1946) wird er Mitglied der SED. Er wurde es aus Überzeugung, Zwang stand nicht hinter seiner Entscheidung: Er wohnte in Berlin-Zehlendorf, dem amerikanischen Sektor von Berlin, war also vor einem eventuellen "Zugriff der Sowjets" geschützt. Wegen hohen Alters und schlechter Gesundheit kamen weder Gewerkschafts- noch Parteifunktionen, auch nicht öffentliche Ämter in Frage - er hatte auch keinerlei Ambitionen dieser Art. Seinen Schritt begründete er öffentlich - im Brief an Schlimme und im zitierten Radiointerview vor dem Vereinigungsparteitag - und auch intern danach in Briefen an Carl Severing (Bielefeld) vom 3. Mai 1946 und an Wilhelm Keil vom 6. Juni 1946. Im Brief an H. Schlimme argumentierte er: "Je länger die Spaltung dauert, desto größer wird die Gefahr, daß auftretende Meinungsverschiedenheiten wieder in die ... üblen Auseinandersetzungen ausarten und dann auch die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen wieder zerstören." Bezeichnend war der Bezug auf die Jahre vor 1914: "In den rund 60 Jahren meiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei habe ich deren Aufstieg mitgemacht und ihre Stärke mitempfunden, die sie zeigen konnte, solange sie die Einheitspartei der Arbeiter war." Und weiter: "Natürlich hat es Meinungsverschiedenheiten auch damals oft genug gegeben, aber sie wurden, wie jeder es für selbstverständlich hielt, innerhalb der Partei selbst ausgetragen. Jeder wußte, daß Spaltung immer Schwächung bedeutet. Daß sie trotzdem eingetreten ist, war eine der bedauerlichsten Begleiterscheinungen des ersten Weltkrieges. Wie sehr hat diese Spaltung den Aufbau der Republik von Weimar gestört und größere Fortschritte verhindert!" Und im erwähnten Rundfunkgespräch auf die Frage, wie er zu den Bestrebungen nach einer Einheitspartei stünde: "Ich denke dabei an meine Jugendjahre innerhalb der Arbeiterbewegung, an die Jahrzehnte, in denen es bei uns eben nur eine Einheitspartei gab und wo niemand an die Möglichkeit dachte, daß es eines Tages rivalisierende Arbeiterparteien bei uns geben könnte... Die Folgen dieser Zersplitterung sind uns ja allen bekannt... Ich halte für die Zukunft eine einheitliche Partei nicht nur für möglich, sondern auch für notwendig." Typisch für Leipart seine Antwort auf die Feststellung des Reporters, daß man sich der üblen Streitigkeiten erinnere, die gerade Leipart nicht vergessen haben könne (gemeint waren die wüsten Beschimpfungen Leiparts durch Kommunisten vor 1933): "Man muß auch vergessen können." An Wilhelm Keil schrieb Leipart - ganz privat, nicht für eine Veröffentlichung bestimmt - am 6. Juni 1946: "Du schreibst, daß grundsätzliche und taktische Erwägungen Deine ablehnende Haltung bestimmen. Bei mir sind es gerade diese Erwägungen, die mich jeden Tag und jede Stunde dazu führen, für die Einigung einzutreten. Ich bin nicht, wie Du es ausdrückst, zur SED übergetreten. Ich bin und bleibe bei der alten Partei, auch wenn sie eine Änderung ihres Namens vorgenommen hat. Für mich ist sie wieder die Einheitspartei, die sich bis 1914 gewesen, als es noch keine Spaltung gab. Der Name ist mir nicht so wichtig, als das Programm, und dieses bekennt sich ohne Vorbehalt neben den sozialistischen auch zu demokratischen Grundsätzen." Die Erfahrungen aus der Zeit vor 1914 bestimmen also auch jetzt noch sein Tun und Lassen, - und er war voller Hoffnung auf einen Neubeginn mit und in der Einheitspartei. An W. Keil schrieb er weiter: "Während des Krieges und besonders in der Zeit vor dem 20. Juli, als wir in kleinen Kreisen auch in meinem Haus die Maßnahmen beraten haben, die nach Beseitigung des Hitlerterrors getroffen werden mußten, war ich noch der Meinung, daß die Kommunisten in ihrer alten Auffassung von unserer Alleinschuld an allem Unglück ihren ganzen Haß gegen uns, die

Arbeitverräter, ausspielen würden. Wie ganz anders aber haben die ehemaligen Kommunisten sich jetzt vom ersten Tage an gezeigt. Sie haben aus ihren Fehlern, die sie offen zugeben, auch gelernt. In der Zusammenarbeit mit ihnen in den neuen Gewerkschaften zeigt sich zwar, daß sie früher nicht praktisch mitgearbeitet, sondern nur gestänkert und geschimpft haben, in der praktischen Arbeit fehlt ihnen aber die Erfahrung. Aber sie hindern unsere Leute keineswegs an dieser praktischen Arbeit und geben sich, soweit ich es übersehen kann, auch ehrliche Mühe mitzuhelfen." Von dieser Erfahrung wird ihm Hermann Schlimme berichtet haben. Leipart fuhr in seinem Brief an Keil fort: "Von Preisgabe unserer Selbständigkeit kann gar keine Rede sein, weniger als vor 1933. Denn wie oft ist die SPD damals durch die Rücksichtnahme auf die kommunistische Konkurrenz zu Entschlüssen gezwungen worden, die sie bei voller Selbständigkeit nicht gefaßt haben würde. Auch in der Politik wird uns die Erfahrung in der praktischen Mitarbeit von früher zugute kommen, und unsere Genossen können sich, wenn sie es verstehen und wollen, in der Einheitspartei überall durchsetzen, namentlich doch in den Bezirken, wo die Kommunisten bisher noch im Gegensatz zu Berlin in der Minderheit sind." In dieser Hinsicht teilte Leipart die Hoffnungen eines Otto Grotewohl, auch eines Hermann Schlimme und vieler anderer einheitswilliger Sozialdemokraten. Weiter schrieb er: "Wilhelm Piek, der jetzt ihr unbestrittener Leiter ist, habe ich schon im Holzarb. Verband und alle späteren Jahre sehr geschätzt, er ist ein ehrlicher Mensch und auch klug genug, um zu wissen, daß bei uns im Lande jetzt praktischen und demokratische Zusammenarbeit notwendiger ist als Parteipropaganda." Am 29. Juni 1946 wurde vom Berliner Rundfunk Leiparts Stellungnahme zum Volksentscheid in Sachsen am 30. Juni über die Enteignung der Kriegsverbrecher gesendet, in der er die "Frauen und Männer in Sachsen" dazu aufrief, für die Enteignung zu stimmen. Im Oktober bereitete er für den Rundfunk eine Ansprache zur Stadtverordnetenwahl in Groß-Berlin am 20. Oktober 1946 vor, in der er besonders junge Wähler auffordern wollte, sich gründlich mit den Wahlaufrufen und Kandidaten der einzelnen Parteien vertraut zu machen und gewissenhaft zu prüfen, "inwieweit ihre Worte mit Taten übereinstimmen, welche tatsächliche Hilfe am Wiederaufbau sie u. ihre Anhänger geleistet haben", und er empfahl, für die Kandidaten der Sozialistischen Einheitspartei zu stimmen, weil er sie "für am besten geeignet" hielt, "ihnen schwere Verantwortung für unsere nächste Zukunft zu übertragen". Im Januar 1947 schrieb er anlässlich des Wiedererscheinens der von ihm seinerzeit initiierten theoretischen Zeitschrift der Gewerkschaften "Die Arbeit" einen kurzen Gruß. Sie werde "die Aufgabe übernehmen, die ihre Vorgängerin in sechsjährigem Bestehen zur Vertiefung der geistigen Grundlagen der deutschen Gewerkschaften, zur Behandlung der Probleme der Gestaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbaus geleistet" habe, in ihr sollten die Erfahrungen aus der Geschichte der Gewerkschaften wirksam werden und sie müsse zur inneren Einheit der nun vollzogenen organisatorischen Einheit der Gewerkschaften beitragen. Dieser Gruß war das letzte Dokument aus seiner Feder. Theodor Leiparts Parteinahme für die Einheit und sein Eintritt in die SED bescherten ihm am Ende seines Lebens zweierlei: In der SED war sein Name nunmehr geachtet und er selbst wurde geehrt. Von der SPD wurde er so gut wie verschwiegen, ihm wurde (wie vorher von den Kommunisten) die Vorgänge um den 1. Mai 1933 angelastet; in deren Geschichtsschreibung wurde er zu einer Unperson - oder er wurde als willenloser Anpasser - ohne jeden Verdienst vor der Arbeiterbewegung und der gesamten Lohnarbeiterschaft - dargestellt.

### **Fazit und einige Fragen zum Schluß**

Leipart war einem "Gewaltsamkeit ausschließenden" (Abendroth), kooperativen, reformorientierten Weg zur Emanzipation des Arbeiters und der Gesellschaft gefolgt - unter Bedingungen eines konfrontativen Zeitalters. Nicht zuletzt daraus erklären sich die Widersprüche und Defizite seiner Praxis. Und doch hatte er sich auf diesem Weg das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital seit dem 19. Jahrhundert in mancher Hinsicht zugunsten des Lohnarbeiters verändert. Die emanzipatorische Leistung der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert, deren Repräsentant und Akteur in dessen ersten Drittel auch der sozialdemokratische Gewerkschaftler Theodor Leipart war, könnte vielleicht (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) so zusammengefaßt werden: Sie hat - nicht nur in Deutschland - eine demokratische Staatsform durchgesetzt: die

Republik, den Rechtsstaat, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht (auch für Frauen), die kollektiven und individuellen Freiheiten der Persönlichkeit. Sie hat bedeutende, gesetzlich gesicherte soziale Rechte sowie betriebliche und staatliche Sozialleistungen errungen, und die die spezifischen Interessen der Lohnarbeitenden - die verschiedensten Seiten der Reproduktion ihrer Arbeitskraft - betrafen: kürzere Arbeitszeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Arbeitsnachweis, Arbeitslosenunterstützung, Sicherung bei Krankheit und im Alter, Bildung u. a. m. (Diese Errungenschaften entsprachen meistens auch den Erfordernissen der Kapitalverwertung, aber sie mußten trotzdem zunächst gegen den Widerstand des Kapitals durchgesetzt werden.) Sie hat dem Kapital gewisse Mitbestimmungsrechte in Betrieben und Unternehmen (in einigen Ländern auch regionale und gesamtstaatliche Wirtschaftsorgane, in denen die nationalen Gewerkschaftsverbände vertreten sind) abgetrotzt, was ebenfalls gesetzlich verankert wurde. Sie hat dafür gesorgt, daß die gesellschaftliche Stellung ihrer Organisationen, vor allem der Gewerkschaften, anerkannt wurde. Ist das lediglich als Integration der Arbeiterklasse in die kapitalistische Gesellschaft zu bewerten? Oder wurde diese Gesellschaft damit verändert, indem gegen den Willen und gegen den Widerstand des Kapitals (und mancher Regierungen) Regelungen und Maßnahmen im Sinne der lohnarbeitenden Mehrheit, also noch auf dem Boden des Kapitalismus "ein Stück" politischer Ökonomie der Lohnarbeit gegen die politische Ökonomie des Kapitals durchgesetzt wurde, was zugleich kulturellen Fortschritt und Bewegung in Richtung der Emanzipation der Lohnarbeitenden bedeutete? Hatten Leipart und Genossen die Versöhnung der Gegensätze praktiziert? War der Kompromiß, den er in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern suchte und oft fand, mit Versöhnung gleichzusetzen? Oder war er etwas dem Gegner Abgerungenes, ihm Aufgezwungenes, also ein Ergebnis sozialen Zwangs, des Kampfes, wenn damit ein Erfolg, auch ein Teilerfolg, für die Lohnarbeitenden erreicht wurde? War also Leiparts Position eine prokapitalistische? Oder war sie nicht viel mehr eine antikapitalistische, in deren Gefolge Maßnahmen realisiert wurden, die den Kapitalismus in Westeuropa - im Vergleich zum 19. Jahrhundert - humaner, demokratischer, sozialer gestaltet haben? Hat diese Position nicht mehr Ergebnisse im Sinne der Emanzipation erbracht als der revolutionäre, aktionistische, auf einen einmaligen Bruch und die schnelle "Beseitigung" des Kapitalismus orientierte Wille des kommunistischen Teils der Arbeiterbewegung? (Was nicht heißen soll, daß dieser an der Gesamtbilanz der Arbeiterbewegung nicht seinen Anteil gehabt hätte.) Sind nicht das Wirken von Leipart und seinen Genossen und seine Ergebnisse ein Anhaltspunkt dafür, daß die Evolution der kapitalistisch bestimmten Gesellschaft "im Prinzip" möglich ist - hin zur sozialen und kulturellen Emanzipation des Einzelnen und der Gesellschaft, also hin zu einer sozialen Ordnung, deren Gestaltungsprinzipien soziale Gleichheit, Demokratie, Selbstbestimmung und Kooperation (anstelle der bisherigen Konfrontation) sein würden - eine Ordnung, die eine sozialistische genannt werden könnte? - Aber das nicht im Selbstlauf, sondern - im Sinne eines Leipart - durch stetiges Wirken demokratischer Kräfte in diese Richtung. Abschließend noch einmal Fritz Tarnow über Theodor Leipart: "Seiner ganzen Denkungsart nach mußte Leipart als Gewerkschaftspolitiker den Weg der 'realen Möglichkeiten' gehen. Nicht etwa als ob er als nüchterner Rechner nur Gegenwartsmöglichkeiten gesehen hätte. Er war überzeugter Sozialist mit der glühenden Sehnsucht nach einer Umgestaltung der Gesellschaftsordnung und dem festen Glauben an die Verwirklichung dieses Zieles. Aber sein scharfer Verstand und seine unbestechliche Wahrheitsliebe auch gegen sich selbst warnten ihn vor der Illusion und dem Selbstbetrug von Wunschträumen. Sozialismus kann nicht erträumt, er muß durch soziale Gestaltung gemacht werden, und jeder praktische Schritt auf diesem Wege ist revolutionärer als ein noch so radikaler Wortresolutionismus - das war die feste Grundlage seiner sozialistischen Weltanschauung. Er sah schon frühzeitig, daß selbst nach einer Eroberung der politischen Macht die Verwirklichung der sozialistischen Ziele nur in einem Entwicklungsprozeß möglich sei (und) daß dieser Prozeß bereits in der Gegenwart begonnen habe..."